:antifaschistische nachrichten

Nr. 23

g 3336 14.11.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Rennicke im Saarland

SAARLAND. Der „nationale Liedermacher“ Frank Rennicke, zuletzt erfolgloser Kandidat der NPD für das Amt des Bundespräsidenten, will am 1. Dezember im Saarland auftreten. Beworben wird das Konzert u.a. im NPD-Organ „Deutsche Stimme“. Als Kontaktadresse für Kartenbestellungen und weitere Informationen zum Konzert wird eine E-Mail-Adresse der NPD Saarland angegeben. *hma* ■

PdV-Sonderparteitag

KREFELD/NIEDERRHEIN. Die rechtsliberale Kleinpartei „Partei der Vernunft“ (PdV) hat eine neue Bundesvorsitzende. Auf einem Sonderparteitag in Frankfurt wählten die Delegierten am 3. November Susanne Kablitz. Die selbständige Fachwirtin für Finanzdienstleistungen gründete 2012 den „Hayek-Club“ für Krefeld und den Niederrhein und gehört zu den Autoren der rechtsgewirkten Zeitschrift „eigentümlich frei“. Aufgestellt wurden in Frankfurt auch 33 Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr. Zum Spitzenkandidaten wählten die Delegierten den Journalisten und ehemaligen PdV-Bundesvorsitzenden Oliver Janich. Hauptthema des Wahlkampfes soll das staatliche Papiergeldmonopol werden, welches als Ursache der globalen Finanz- und Überschuldungskrise angesehen wird. *hma* ■

„Die Rechte“ in Sachsen

SACHSEN. Die Partei „Die Rechte“ hat Ende Oktober einen Landesverband in Sachsen gegründet. Zum Landesvorsitzenden des nunmehr siebten Landesverbandes der extrem rechten Partei wurde Sebastian-Daniel Risse gewählt. Stellvertretende Landesvorsitzende wurde Susann Sommerer. Mitte Oktober gab die Worch-Partei an, bereits das 500. Mitglied aufgenommen zu haben. Allerdings seien in den 17 Monaten des Bestehens der Partei auch 64 Mitglieder wieder ausgetreten oder wurden mangels Beitragszahlungen wieder aus der Mitgliederliste gestrichen. *hma* ■

Freundeskreis statt Bund

Hamburg/Friedrichsruh. Der im vergangenen Jahr in Insolvenz gegangene Ver-

Refugees welcome! Nicht nur in Schneeberg!

2. November 2013: Eine Nachlese

Das Kooperationsgespräch

… fand am 30. Oktober in den Räumlichkeiten des Landratsamtes des Erzgebirgskreises in Annaberg-Buchholz statt. Gleich elf Vertreter_innen und Vertreter unterschiedlichster Behörden nahmen am Tisch neben Vertreter_innen der Initiative Sächsischer Antira- und Antifa-Gruppen Platz. Sorgen bereitete die Vermutung, dass Fahrräder als Wurfgeschosse dienen könnten und das womöglich Aufkleber an Schildern angebracht werden könnten. „Kann ich denn mit einer Spende für die Stadt rechnen?“, so der ebenfalls am Tisch sitzende Schneeberger Bürgermeister Stimpel. Auf das Versammlungsgesetz hingewiesen, welche keine Spende vorsieht, kam nur „Sie brauchen mich nicht über das Versammlungsgesetz belehren!“ zurück.

Der Auflagenbescheid…

… kam am 1. November am Vormittag beim Anwalt und dem Anmelder an. Nach einem Widerspruch gegen diesen musste das Verwaltungsgericht Chemnitz wegen mehrerer sinnfreier Punkte angerufen werden. In vier von fünf angegriffenen Punkten wurde dem Anwalt des Anmelders recht gegeben. Ein erster Erfolg für die Initiative Sächsischer Antira- und Antifa-Gruppen.

Am 2. November….

…sammelten sich ca. 600 bis 700 Menschen am Auftaktort der Demonstration. Sie folgten damit dem Aufruf, in dem es unter anderem hieß:

„Doch wir werden nicht tatenlos zusehen, weil wir nicht warten dürfen, bis sich das Unfassbare wiederholt. Weil wir nicht warten dürfen, bis die Rassist_innen ihren Worten Taten folgen lassen, und der Hass wieder in Gewalt umschlägt. In diesem Moment ist es die verdammte Pflicht eines jeden Menschen, der auch nur einen Funken Anstand in sich trägt, sich schützend vor jene zu stellen, die mit der Fackel bedroht werden. Und es ist unsere Pflicht, all jene mit allen Mitteln in die Schranken zu weisen, die mit verachtenswertem Hass geistige oder tatsächliche Feuer legen. In Rackwitz. In Berlin-Hellersdorf. In Greiz. Und jetzt auch in Schneeberg!

Deshalb fordern wir die dezentrale Unterbringung aller Asylsuchenden und ein Bleiberecht für Alle! Die bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht, des Arbeitsverbots und des Gutscheinzwangs. Ein Ende der Kriminalisierung von Anti- →

Aus dem Inhalt:

Antifaschist geschlagen und entführt! 4

Frankreich : Einwanderungspolitik führt zu Protesten 7

ein „Der Bismarckbund“, der sich als „Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins“ verstand, hat einen Nachfolger. Ehemalige Mitglieder des Vereins „aus dem Großraum Hamburg“ haben sich nun zu einem „Freundeskreis Fürst Otto von Bismarck“ zusammengeschlossen. Dieser versteht sich als lockerer Zusammenschluss von Gleichgesinnten, die das Erbe Bismarcks bewahren und sich künftig mehrmals im Jahr in Friedrichsruh treffen wollen. Ein erstes Treffen des Freundeskreises fand am 3.Oktober an Bismarcks Sarkophag in Friedrichsruh statt. Den Festvortrag hielt Manuel Ruoff, Redakteur der „Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt“. *hma* ■

Flämischer Nationalismus

Anfang November stellte die separatistische „Neue Flämische Allianz“, die 27 von 150 Parlamentssitzen hält, ihr Wirtschaftsprogramm vor. Es sieht u.a. drastische Einsparungen bei den Staatsausgaben, eine Begrenzung der Laufzeit des Arbeitslosengeldes auf zwei Jahre und die Aufhebung der in Belgien geltenden Koppelung von Löhnen und Gehältern an die Inflationsrate vor. Ein arbeitnehmerfeindliches, neoliberales Programm also.

Zugleich verspricht sie ihren WählerInnen materielle Vorteile, wenn der belgische Staat in Flandern und Wallonien aufgespalten und durch eine Konföderation ersetzt würde – weil man die Wallonen nicht mehr unterstützen müsste. Diese Konföderation wäre nur noch für Verteidigungs- und Asylpolitik zuständig. (*FAZ, 31.10., 4.11.13*). Gemeinsam ist den rechtspopulistischen Parteien, dass sie die geforderte Unterordnung des Einzelnen unter das nationale Kollektiv mit einer „Gewinnbeteiligung“ am erhofften Erfolg einer nationalistischeren Politik zu belohnen versprechen. *F* ■

Erinnern heißt Handeln

Zum wiederholten Male innerhalb weniger Wochen hatte die rechtspopulistische Splitterpartei PRO NRW versucht die aufgeladene Stimmung in den Duisburger Stadtteilen Rheinhausen und Neumühl für ihre rechte Hetze zu instrumentalisieren.

Der Zuzug von Rumänen und Bulgaren und die erwarteten Flüchtlinge hatten im letzten Jahr durch die örtliche Politik und Medien eine rassistisch aufgeladene Stimmung in den Stadtteilen erzeugt.

Auf ihrem Demozug in Neumühl waren die etwa ca. 40 Aktivist/innen von PRO NRW in der Lage einige Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren. Jubelnd wurden die hetzerischen Redebeiträge von Anwohner/innen aufgenommen, begleitet von Sprechchören wie: „Kein Asyl in Neumühl“

Das antifaschistische Bündnis „Erinnern heißt handeln“ hatte zu den Gegenveranstaltungen aufgerufen und etwa 500 Aktivistinnen und Aktivisten nach Duisburg mobilisiert. … Zwar hatte Tage zuvor eine Gruppe von Neumühler/innen die sogenannte „ Neumühler Erklärung“ veröffentlicht (Ein deutliches Bekenntnis zum Recht auf Asyl und Ablehnung jeglichen Rassismus). Jedoch hatte das „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage“, welches federführend von DGB und SPD betrieben wird, bewusst zu keinerlei Gegenkundgebung aufgerufen. Eine Demo oder Kundgebung sei insbesondere den Anwohnern des sogenannten „Problemhauses“ in Rheinhausen nicht zumutbar, hieß es in einer Presseerklärung dazu. In Gedenken an die Reichspogromnacht am 9.11.1938 hatte das Bündnis zu einem Schweigemarsch durch Neumühl aufgerufen. Etwa 100 Menschen liefen dann also schweigend, darunter auch MdL und ehemaliger DGB Vorsitzender Rainer Bischoff in 100 m Entfernung am rechten Aufmarsch vorbei…, während die Teilnehmer/innen der Gegendemonstration beim Versuch friedliche Sitzblockaden gegen die rechten Hetzer durchzusetzen sich wieder einmal deutlich Polizeigewalt ausgesetzt sahen. So kam es in unmittelbarer Nähe der Gartenstraße zu einem massiven Übergriff eines Polizisten, der sich prügelnd in die Reihen der Demonstranten schmiss und mit gezielten Faustschlägen Demonstrant/innen angriff. Ei-

---

rassist_innen und der Solidaritätsarbeit. Eine deutliches Zeichen der Solidarität mit allen Geflüchteten und Schluss mit der rassistischen Hetze!“

Immer wieder versuchte die Polizei die Demonstration zu provozieren. Mal waren es angeblich zu lange Transparenttragestangen, mal zu lange Transparente. Die Polizei wollte das Laufen in Ketten untersagen und stoppte die Demo. Die Demo setzte sich durch.

Trotz einer Provokation von Faschisten am Rande der Demonstration (sie zeigten den Hitlergruß) verlief der Aufzug friedlich und setzte ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Geflüchteten.

Ein zweiter Erfolg für die Initiative Sächsischer Antira- und Antifa-Gruppen.

Jens Thöricht,
Anmelder der Demonstration

weitere Medieninformationen zu Schneeberg
http://www.addn.me/antifa/antirassistische-demonstration-in-schneeberg/
http://www.mdr.de/sachsenspiegel/schneeberg-proteste100_zc-1b6dad2f_zs-c5332a56.html
Sachsenspiegel-Video:
https://www.youtube.com/watch?v=gkBMsRsnBMQ&list=UUnZjjn8s8uD1X95CKjeh_7g
Spiegel-TV:
http://rtl-now.rtl.de/spiegel-tv/thema-ua-partnersuche-im-netz.php?container_id=142513&player=1&season=0

Alternative für Deutschland

Streit um Umgang mit Islam

Der Richtungsstreit innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD) spitzt sich zu. Nachdem der Parteivorstand bereits einen Aufnahmestopp für Mitglieder der „Freiheit“ verkündet hatte, ist es erneut Parteichef Bernd Lucke, der in die Offensive geht. Nachdem islamfeindliche Postings die Außendarstellung der Partei auf Facebook geprägt hatten, warf er nun ein Thesenpapier zum Umgang mit dem Islam in die Runde, das zu heftigen Kontroversen geführt hat.

Eingangs betont Lucke, dass die AfD zur grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit stehe. Jeder „Moslem hat das Recht, seinen Glauben friedlich zu praktizieren, seine Kinder in diesem Glauben zu erziehen und sich in Moscheen mit anderen Moslems zu versammeln“. Glaubensauslegungen hingegen, die „die Freiheit und Gleichberechtigung von Frauen einschränken“ werden ebenso abgelehnt, wie die Scharia oder theokratische Staatsvorstellungen, denn „die freie Ausübung des Glaubens (findet) seine Grenzen da, wo dieser gegen den Rechtsstaat, die Demokratie oder die Grundrechte gewendet werden soll“.

Hatte der seinerzeitige Bundespräsident Christian Wullff geäußert, der Islam gehöre zu Deutschland, so hält Lucke dem entgegen: „Deutschland ist ein säkularer Staat mit einer tief verwurzelten christlichen Prägung. … Wenn er (*Wulffs Satz, F*) aber als eine implizite Bejahung des Islams in Deutschland gemeint ist, ist er falsch und töricht, weil er sich pauschal und undifferenziert zu einem komplexen Phänomen äußert, das viele unterschiedliche Strömungen und Aspekte umfasst. Was zu Deutschland gehört, muss präzise benannt werden und sollte von Deutschland her gedacht werden.“ (*AfD-Facebook-Seite, 1.11.13*) Das war damals auch aus vielen CDU/CSU-Mündern zu hören.

Heftiger Streit in der AfD

Zusammengefasst also: Die Religionsfreiheit gilt für alle, solange nicht andere Menschen in ihren Rechten eingeschränkt werden. Eigentlich bürgerlich-demokratische Selbstverständlichkeiten mit ein paar konservativen Einsprengseln. In den ersten Stunden nach Einstellung dieser Thesen auf der Facebook-Seite der Partei äußerten sich Hunderte AnhängerInnen – ganz überwiegend zustimmend. Es hat den Anschein, als fühlten sich viele von ihnen wie befreit nach dem monatelangen islamophoben Geschwafel. Lucke selbst hat mitgeteilt, er habe 4500 Zuschriften aus der Mitgliedschaft zu seinen Thesen erhalten – 90 Prozent stimmten ihm zu. (*Welt, 7.11.13*)

Allerdings stimmten auch etliche derjenigen zu, die regelmäßige rassistische Kommentare veröffentlichen. Offenbar braucht es keinen Islamhass, um gegen MigrantInnen zu hetzen. Von „Asylflut, Überfremdung, Ausländerkriminalität“ ist weiterhin ununterbrochen die Rede. Einige der IslamhasserInnen schwiegen zunächst wohl auch aus taktischen Gründen oder posteten ihren Hass weiter auf der „Pinnwand“ und hielten sich aus der Diskussion ’raus.

Erst nach Abflauen des Zustimmungsreigens trauten sich die IslamophobikerInnen allmählich, in die Debatte einzusteigen. Nach Meinung dieser FanatikerInnen ist der Islam eine Kriegs- und Terrorideologie, alle Moslems hätten sich der Scharia unterworfen und alle Moscheen wären Terrorzentralen. Man wähnt sich auf einem modernen Kreuzzug.

Lucke allein auf weiter Flur?

Obwohl diese abstrusen Weltbilder weit weg von der Realität sind, ist durchaus nicht ausgemacht, ob es Lucke gelingen wird, diese Ideologie aus der Partei zu drängen – zumal unklar bleibt, inwieweit die übrige Parteiführung in dieser Frage hinter ihm steht, denn dort schweigt man sich aus. Und die IslamhasserInnen werden die Partei nicht freiwillig verlassen, denn sie ist ihre einzige Chance, gesellschaftliche Relevanz zu erlangen.

Zwischenzeitlich wird gegen den Neubau einer Moschee in Leipzig gehetzt – zum Teil von denselben Figuren, die eben noch Luckes Islamthesen zustimmten. Sachsen ist ohnehin die Hochburg der Rechtsaußen in der AfD. Zuletzt trat ein Mitglied von Pro-Chemnitz zur AfD über (was eigentlich nur in seltenen Ausnahmefällen möglich sein sollte); Joachim Ziems stellt nun den ersten AfD-Abgeordneten in einem Stadtrat. (*Freie Presse, 4.11.13*)

Die sächsische Parteivorsitzende Frauke Petry stellt sich diesem Treiben nicht nur nicht entgegen, sondern sie war es auch, die als erste Luckes Anweisung, „Freiheit“-Mitglieder nur noch ausnahmsweise aufzunehmen, widersprach, bevor sie sich dann doch unterordnen musste. (*s. AN 21/13*)

F

Schnipsel zur programmatischen Entwicklung der AfD:

Keine Kooperation mit der UKIP

In einem Interview mit der AfD-Hauszeitung „Deutsche Wirtschafts Nachrichten“ sagte Lucke auf die Frage, ob die britische Anti-EU-Partei „United Kingdom Independent Party“ (UKIP) nicht ein idealer Partner im EU-Parlament wäre: „Keineswegs. Wenn es um britische Parteien geht, haben wir mehr Gemeinsamkeiten mit den Konservativen und der Labour Party. Die stehen wie wir dem Euro kritisch gegenüber. Sie bejahen die Europäische Union, wollen aber mehr Dezentralisierung und Deregulierung.“ (DWN, 25.10.13)

Diese Aussage sorgte bei der AfD-Anhängerschaft für Empörung, denn viele sehen in der AfD das deutsche Pendant zu UKIP, Front National oder FPÖ. Anders als es das Wahlprogramm vorsieht, streben sie einen EU-Austritt an. Auch dieser Streit dokumentiert den tiefen Riss, der durch die Partei geht.

---

nem Passanten, der das Geschehen mit seinem Handy filmen wollte, wurde dabei das Handy zerstört, als die Polizei ihn an den Filmaufnahmen hindern wollte.

Gegen Abend zogen dann nochmal etwa 350 Gegendemonstrant/innen nach Rheinhausen um auch dort ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Dabei gelang es durch eine gezielte Sitzblockade die Demoroute von PRO NRW deutlich zu reduzieren. Den angemeldeten Kundgebungsort haben Beisicht, Uckermann und Co. am Ende nicht erreicht und ihre rassistischen Parolen gingen zwischen Polizeiwannen und der lauten Gegendemonstration des Bündnisses „Erinnern heißt Handeln“ unter. Aus Sicht des Duisburger Netzwerks gegen Rechts kann durchaus eine positive Tagesbilanz der Aktionen gezogen werden. Kritisch sehen wir jedoch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Während es in den Jahren zuvor noch zu Aufrufen zu Gegenprotesten der Gewerkschaften und des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage gegeben hat, wird mittlerweile den rechten Hetzern inzwischen die Straße allzusehr überlassen.

Wir sind sehr erfreut über die vielen solidarischen Mitstreiter/innen für die der entschlossene Kampf gegen Rassismus zum Selbstverständnis gehört, sehen aber den deutlich gewordenen offensichtlichen Chauvinismus gegenüber Zugewanderten und Roma als ein sehr bedenkliches Zeichen, der keine gute Entwicklung erahnen lässt.

Duisburger Netzwerk gegen Rechts, 10.11.2013 ■

Antifaschist geschlagen und entführt!

Antifaschist von Nazis in Burg geschlagen und entführt – Polizei lässt Nazis ungestört durch Burg ziehen!

In den Abendstunden des 2. November 2013 versammelten sich gegen 22:30 Uhr mehrere Nazis vor einem Wohnhaus eines vermeintlichen Antifaschisten und forderten ihn auf das Gebäude zu verlassen. Als er der Aufforderung nicht nachkam, zogen die Faschisten weiter durch die Stadt, wohl mit dem Ziel weitere AntifaschistInnen zu suchen. So wurden in den darauffolgenden Stunden immer wieder Gruppen von 5 bis 25 Nazis im Stadtgebiet gesehen – ein Großteil davon nicht aus Burg

Gegen 01:30 Uhr kam es dann zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen 15 Nazis die sich zuvor im „Big Ben" versammelten und mehreren AntifaschistInnen. Im Laufe der Auseinandersetzung stürmten etwa 15 weitere Personen aus dem „Big Ben" auf die Antifas zu und riefen „Wir sind die berühmte, wir sind die berühmte – BWSE".

Nachdem sich daraufhin die Gruppe von AntifaschistInnen entfernte verfolgten mehrere Autos die Gruppe. Kurz nach 02:00 Uhr stoppte dann ein Auto in der Bahnhofsstraße und mehrere Personen schlugen auf einen ihnen bekannten Antifaschisten ein und zogen diesen in ihr Fahrzeug. Im Auto drückten die Angreifer den Kopf des Betroffenen auf den Boden, bedrohten ihn und fuhren mit ihm in ein Waldstück zwischen Burg und Detershagen. Dort forderten die Nazis ihr Opfer auf Namen von den AntifaschistInnen, die zuvor schon von Nazis in unmittelbarer Umgebung vom „Big Ben" angegriffen wurden, zu nennen.

Dann entwendeten sie das Handy des Antifaschisten und riefen eine Person in Burg an und fragten sie, wie viel der von den Nazis entführte Antifaschist ihr Wert sei. Kurze Zeit später fuhren die Nazis mit dem Auto davon, ließen ihr Opfer stehen und nahmen dabei das zuvor entwendete Handy mit.

„Es ist einfach unfassbar was sich in den letzten Stunden in Burg abspielte: So werden erst die Veranstalter- und TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Demonstration in der Stadt, die sich genau gegen diesen Naziterror richtete, von der Polizei kriminalisiert und wenige Stunden später kann eine Vielzahl von Nazis über mehrere Stunde ungestört durch die Stadt ziehen, AntifaschistInnen bedrohen, angreifen und schließlich in ein Auto drängen und davon fahren!" erklärt Mia Sommer, die Pressesprecherin der Antifaschistischen Aktion Burg [AAB].

Aufgrund der Tatsache, dass es in diesem Jahr zu einer ganzen Reihe von polizeilicher Kriminalisierungsversuche von AntifaschistInnen in der Stadt kam und diese es u.a. erst so Nazis ermöglichte ihre Angriffe durchzuführen werden wir auch gegen diesen Terror der Nazis selbstständig ohne Zusammenarbeit mit der Polizei vorgehen. In den kommenden Tagen werden wir dazu die Fotoaufnahmen von den Nazis, die sich am 2. November 2013 gegen 12:00 Uhr in Burg-Süd versammelten und anschließend in Richtung Magdalenenplatz zogen, sowie der Nazis die sich zur gleichen Zeit auf dem Parkplatz der Sparkasse in der Einsteinstraße versammelten, auswerten um die Täter des nächtlichen Naziterrors zu ermitteln.

Quelle: PM Antifaschistische Aktion Burg [AAB] 03.11.2013
http://de.indymedia.org ■

Naziüberfall auf Demo „Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge"

Nach dem Naziüberfall auf die Demonstration der linksjugend ['solid] am 2.11., die die VVN ebenfalls unterstützt hatte, gab es zahlreiche Erklärungen und Pressemitteilungen. Die Auseinandersetzung zum Beispiel um die Frage, warum die Polizei den Nazis gegenüber so viel Entgegenkommen zeigte und sie ihnen nach schlicht kriminellen Angriffen auf unsere Demonstration noch die Durchführung einer spontanen Kundgebung gestattete und damit einen offenen Missbrauch des Demonstrationsrechtes durch kriminelle Akteure ermöglichte, zu diesen und vielen anderen ähnlichen Fragen werden sich die staatlichen Organe noch äußern müssen. Für eine Bilanz dieses Überfalls ist es noch zu früh. Wir verweisen an dieser Stelle auf Erklärungen aus dem Umfeld der VeranstalterInnen.

Eine gute und relativ ausführliche Erklärung liegt vom Autonomen Zentrum vor:

https://linksunten.indymedia.org/de/node/98738

Ein kleiner Pressespiegel ist hier aufgeführt: http://MoodMusicAachen.blogsport.de/2013/11/06/pressespiegel/

Der gemeinsame Angriff von Neonazis und rechten Alemannia-Fans auf die Demonstration, unmittelbar nach dem Heimspiel der Alemannia gegen Rot Weiß Oberhausen, ist ein wiederholtes Indiz für die Bedeutung der Alemannia als Rekrutierungsplattform für die extreme Rechte sowie für die personellen Verstrickungen zwischen organisierten Alemannia-Fans und Rechtsextremisten in der Region. Die antirassistische Ultra-Gruppierung „Aachen Ultras" (ACU) hat diese Zusammenhänge dargestellt; wir hoffen, dass diese Pressemitteilung bald veröffentlicht wird und werden die Quellenangabe nachreichen. …

VVN-Aachen

linksjugend ['solid] Aachen zu den Ereignissen am 2.11.2013

Für den 2. November 2013 organisierte die Aachener Basisgruppe der linksjugend ['solid] eine Demonstration in der Innenstadt. Den Aufruf unter dem Motto „Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge – gegen Krieg, Elend und Festung Europa!" unterschrieben sieben weitere Gruppen.

… Um 16 Uhr sammelten sich ca. 60 DemoteilnehmerInnen zur Startkundgebung am Elisenbrunnen. Um 16:45 Uhr ging der Demonstrationszug los. Über die Adalbertstraße sollte es auf die Wilhelmstraße zum Hauptbahnhof gehen.

Doch nur wenige Minuten nach dem Beginn mussten wir auf der anderen Straßenseite eine Gruppe Neonazis bemerken, die provozierend ein Transparent hielten. Darauf das Hakenkreuz- ähnliche Symbol der griechischen Faschisten-Partei „Goldene Morgenröte", die für Pogrome gegen MigrantInnen und brutale politische Morde bekannt ist. Das Transparent war vom „Freien Netz Süd" unterzeichnet, einem hauptsächlich in Bayern aktiven Netzwerk militanter Neonazis, die anscheinend enge Kontakte zu hiesigen Neonazis und rechten Hooligans pflegen.

Doch die Faschisten beließen es nicht bei dieser Provokation: Bald wechselten sie die Straßenseite, kamen auf uns zu, beleidigten DemoteilnehmerInnen und griffen schließlich körperlich an. Die Demo wurde von mindestens drei Neona-

Fortsetzung Seite 6 unten

Auch neun Jahre danach ist es nicht vorbei

Kommunalpolitiker sorgten für eine Stelle, die NSU-Opfern aus der Kölner Keupstraße Hilfe anbietet

Die Gesellschaft tut sich schwer mit der Aufarbeitung der Verbrechen des NSU. Doch es gibt sie. Am greifbarsten für die Opfer dort, wo sich Menschen in ihrer Nähe ihnen zuwenden. Wie in Köln-Mülheim.

Auch mehr als neun Jahre nach dem Anschlag in der Kölner Keupstraße, der dem rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschrieben wird, leiden Opfer unter den Folgen. Spät, aber nicht vergebens hat die Stadt Köln in Zusammenarbeit mit der Diakonie und dem Landschaftsverband Rheinland im Juli dieses Jahres eine Anlaufstelle für sie eingerichtet. Hier finden Geschädigte Hilfe bei sozialen, rechtlichen oder psychischen Problemen. Die Initiative ist von den Linksfraktionen im Kölner Stadtrat und im Landschaftsverband Rheinland ausgegangen, einem der zwei Kommunalverbänden in Nordrhein-Westfalen. Sie sind dafür jetzt mit einem Preis „Kommune 2020“ der Linkspartei ausgezeichnet worden, der in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben wurde.

Bei der Nagelbombenexplosion waren am 9. Juni 2004 mehr als 22 Menschen türkischer Herkunft zum Teil schwer verletzt worden. Sie und die Anrainer der Geschäftsstraße litten anschließend nicht nur unter den Folgen des Anschlags. „Die Explosion war ein Schock“, sagt Ali Demir, der damals sein Steuerberatungsbüro in unmittelbarer Nähe des Tatorts hatte. „Aber die Verdächtigungen und Verhöre durch die Polizei waren es auch.“ Bei vielen hat das zu einer doppelten Traumatisierung geführt.

Die Geschädigten mussten lange mit den Folgen alleine klar kommen. Jetzt haben sie mit Martina Hille von der Diakonie Köln eine Ansprechpartnerin bei Problemen – von denen es noch genug gibt. „Das ist noch in keiner Weise abgeschlossen“, sagt die Sozialarbeiterin. Hilles Büro befindet sich nicht in der Keupstraße oder der näheren Umgebung, sondern auf der anderen Rheinseite, in den Räumen der Diakonie in der Kölner Südstadt. „Für die Personen, die mich bislang aufgesucht haben, wäre es seltsam gewesen, wenn mein Büro in der Keupstraße gewesen wäre“, sagt sie. „Mehrere haben mir erzählt, dass sie nach dem Anschlag nie wieder in der Straße gewesen sind.“

Sie hat die bekannten Opfer angeschrieben und versucht, über Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit vor Ort weitere Betroffene zu erreichen. Sich mit Flugblättern auf die Straße zu stellen, um auf ihr Angebot aufmerksam zu machen, fände sie „der Sensibilität des Themas nicht angemessen“. Hille arbeitet seit mehr als zehn Jahren in der Flüchtlingshilfe und hat viel Erfahrung mit traumatisierten Menschen. „Wenn es gewünscht wird, mache ich Hausbesuche.“ Türkisch spricht sie nicht, aber bei Bedarf kann sie auf Übersetzer zurückgreifen.

Bislang haben sich sieben Personen an Hille gewandt. Sechs haben nie in der Keupstraße gewohnt. Ein Opfer ist nach der Empfehlung seines Therapeuten weggezogen. „Etliche zeigen Symptome einer Retraumatisierung“, sagt Hille. Dazu gehören extreme Schlafprobleme, Panikattacken, Depressionen, psychosomatische Störungen und Schmerzen.

Die Menschen, die sich an sie wenden, brauchen zum Beispiel einen Platz für eine Psychotherapie oder wünschen sich die Fortsetzung einer Behandlung, die von den Kostenträgern abgelehnt wurde. Hille hilft bei der Suche nach einem Platz, redet mit Verantwortlichen in Ämtern und bei Krankenkassen oder vermittelt Spezialisten. Unter ihren Klienten ist ein gelernter Handwerker. Er ist durch den Anschlag so schwer verletzt worden, dass er berufsunfähig ist. Doch die Arbeitsagentur will ihm keine Umschulung bewilligen. Auch hier sucht Hille eine Lösung.

Dass die Diakonie als Träger christlich ausgerichtet ist und potenzielle Klienten eine andere Religion haben, ist in ihren Augen kein Hindernis für eine Kontaktaufnahme. „Ich glaube, es ist wichtig, dass wir kein staatlicher Akteur sind“, sagt sie. Doch das Angebot stößt nicht nur auf Zustimmung. „Das bringt nichts“, sagt Ali Demir, der mittlerweile aus der Keupstraße weggezogen ist. Er glaubt, dass sich die Opfer längst selbst geholfen haben. Demir gehört im Münchner NSU-Prozess nicht zu den Nebenklägern. Für manche Anwohner in der Keupstraße ist der Prozess aber eine Möglichkeit, das Geschehene zu verarbeiten. Davon ist der Anwalt Mustafa Kaplan überzeugt. Er vertritt einen Juwelier, der Nebenkläger ist. Sein Mandant nimmt Martina Hilles Hilfe nicht in Anspruch. Kaplan glaubt aber, dass die Beratungsstelle für andere wichtig ist. „Das ist ein richtiges Angebot“, sagt er. Kaplan ist davon überzeugt, dass es immer noch Opfer des Anschlags gibt, die Hilfe brauchen.

Von Anja Krüger und Ulrike Hummel, Köln, Neues Deutschland 9.11.2013

„NSU-watch“ ausgezeichnet!

Die von der „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München“ (a.i.d.a. e.V) mitgetragene Initiative „NSU-watch“ erhält von der Jury des „Otto Brenner Preises“ den „Medienprojektpreis 2013“!

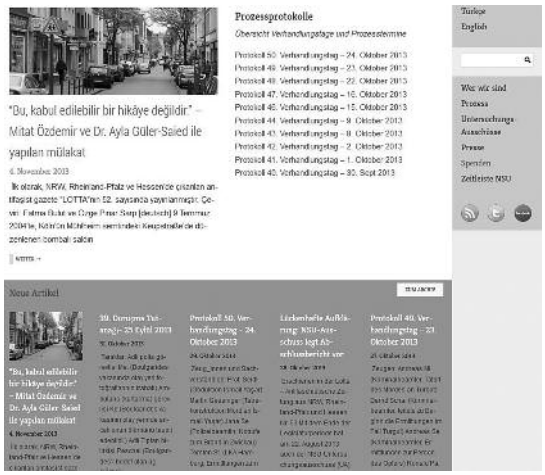
NSU-watch

Das „antirassistische Bildungsforum Rheinland“, „a.i.d.a. e. V.“ (München), das „Antifaschistische Infoblatt“ (AIB), das „antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin“ (apabiz), das „Antifa Recherche Team Dresden“ (ART), das antifaschistische Magazin „Der Rechte Rand“, das „Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus“, die antifaschistische Zeitschrift „LOTTA“ und andere haben sich nach der Selbstenttarnung des NSU am 4. November 2011 zur Initiative „NSU-watch: Aufklären und Einmischen!“ zusammengeschlossen.

Ziele sind eine Begleitung, unabhängige Dokumentation und Bewertung des NSU-Strafverfahrens und der Ermittlungen, die Veröffentlichung von Protokollen der Prozesstage auf Deutsch, Türkisch und Englisch sowie die Unterstützung der Nebenklage mit unabhängigen Recherchen.

Medienprojektpreis 2013

Wie die „Otto Brenner Stiftung“ (Frankfurt am Main) am 17. Oktober 2013 bekanntgab, vergibt die Jury des renommierten „Otto Brenner Preises“ für Journalist_innen in diesem Jahr den „Medienprojektpreis“ an das Weblog von „NSU-watch“ (www.nsu-watch.info). Die Preisverleihung der mit 2.000 Euro dotierten Auszeichnung findet am 12. November in Berlin statt. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, wird die Festrede halten („Kritischer Journalismus als Verfassungsauftrag“). In der Mitteilung der „Otto Brenner Stiftung“ zur Preisverlei-



hung an „NSU-watch“ heißt es:

„Nur wenige deutsche und türkische Journalisten fanden per Losentscheid Zugang zum Münchener NSU-Prozess, wichtige Medien müssen wegen Platznot bis heute draußen bleiben. Die Lösung des Problems findet sich im Internet. Ein Bündnis mehrerer Initiativen um das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz) und die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a) lässt seine akkreditierten Berichterstatter möglichst lückenlose Protokolle der Verhandlungstage anfertigen und stellt diese frei ins World Wide Web – noch dazu ins Türkische übersetzt, was eine, nach Einschätzung der Jury, ‚zusätzlich verdienstvolle interkulturelle Dolmetscherleistung‘ ist.

Wer nicht dabei war, kann alles nachlesen – das ist die wahrhaft demokratische Dienstleistung, die die Website ‚NSU-watch‘ seit Prozessbeginn mustergültig vollbringt, urteilt die Jury. Aus den seitenlangen Nachschriften lässt sich mehr als der Verhandlungsverlauf eines beliebigen Tages rekonstruieren – vor dem Auge des Lesers entsteht eine deutsche Sittengeschichte von Hass und Schuld, Versagen und Verantwortung, man erlebt die nicht immer uneigennützigen Akteure der Rechtsfindung, Anwälte wie Richter, quasi ‚live‘ bei der Arbeit. Kein großer Moment geht verloren, kein profaner wird vergessen. ‚NSU-watch‘ ist nach Auffassung der Jury ‚eine informative Website von radikaler Transparenz und ohne die im klassischen Journalismus unvermeidlichen Verkürzungen‘. ‚Aufbewahren für alle Zeit!‘, schreibt die Jury und hofft: ‚Möge diesem politischen Medienprojekt der Atem nicht ausgehen!‘.“

Informationen zu den prämierten Beiträgen und den diesjährigen Preisträger_innen gibt es auf www.otto-brenner-preis.de.

www.aida-archiv.de ■

Fortsetzung von Seite 4

zis direkt angegriffen. Auch ein Polizist wurde geschlagen und verletzt. Die Polizei nahm zu diesem Zeitpunkt nur zwei von ihnen vorübergehend fest.

Aus den Reihen der angreifenden Neonazi-Gruppe heraus wurde eine Kundgebung unmittelbar neben unserer Demonstration angemeldet. Skandalöser Weise gewährte die Polizeiführung diese! Wir machten klar: „Wir gehen erst, wenn die weg sind. Wir lassen es nicht zu, dass Neonazis in der Öffentlichkeit ihre Hetze und Gewalt verbreiten können!“.

Trotzdem blieb die Polizeiführung bei ihrer Haltung, wohlwissend, dass sie damit eine weitere Eskalation überhaupt erst ermöglichte. So kam es dann auch: Immer wieder verließen Neonazis ihre Kundgebung, um einzelne DemoteilnehmerInnen zu provozieren. Bei einem weiteren körperlichen Angriff ging die Polizei sogar mit Pfefferspray gegen sich verteidigende AntifaschistInnen vor. Hiernach wurde gegen drei weitere Neonazis Anzeige erstattet, eine halbe Stunde später lösten diese ihre Kundgebung auf.

Unsere Demo konnte ihren Weg fortsetzen. Die jetzt eingesetzten Polizisten hatten keine Ahnung, wie die Demoroute verlief. Die Demo lief am „Fiasko“ vorbei, einer bekannten, von rechten Alemannia-Fans („Karlsbande“ und „Supporters“) genutzten Kneipe. Unserer Anmelderin wurde vorher zugesichert, dass dort Polizisten stünden, die verhindern sollten dass unsere Demo aus dieser Kneipe heraus attackiert werden könnte.

Dort angekommen mussten wir feststellen, dass dies nicht der Fall war. Die Demo lief friedlich und laut an der Kneipe vorbei, bis Flaschen flogen und betrunkene Personen die Demonstration angriffen. Andere „beleidigten“ DemoteilnehmerInnen als Juden – auf dem Synagogenplatz! Die total überforderten Polizisten ließen einen ersten Angriff zu, reagierten dann mit dem Versprühen von Pfefferspray, aber vorwiegend gegen die angegriffenen DemonstrantInnen! Es dauerte Minuten, bis die Polizei die randalierenden rechten Hooligans zurückdrängte.

Erst dann setzte die Demo ihren Weg zum Hauptbahnhof fort. Die meisten DemonstrantInnen gingen in das Autonome Zentrum, um dort Schutz vor in der Stadt umherziehenden Neonazi- Banden zu suchen, denn mehrere AntifaschistInnen wurden zeitgleich am Elisenbrunnen von Neonazis angegriffen. Keine fünf Minuten nach Beendigung der Demonstration provozierten rechte Hooligans erneut am Autonomen Zentrum und suchten Streit, der durch das besonnene Handeln der AntifaschistInnen nicht eskalierte.

Gegenüber unserer Anmelderin und auch dem LINKE- Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko rechtfertigte die Polizeiführung den Schutz der angreifenden Neonazis mit deren „demokratischem Recht“. Das ist absolut zynisch, insbesondere da von diesen Neonazis bereits Gewalt gegen die DemonstrantInnen ausgegangen war! Unter den Neonazis waren nicht nur zugereiste Neonazis aus dem süddeutschen Raum, sondern auch der ehemalige Aachener Daniel Thönnessen, der 2011 bereits wegen Gewaltdelikten verurteilt wurde und jetzt als Verbindungsglied zur süddeutschen Neonazi-Szene fungiert. Man denke aber auch daran, wie immer wieder – sei es in Stolberg, Dresden oder Dortmund – die Polizei mit enormer Härte gegen AntifaschistInnen vorgeht, die sich mit friedlichen Blockaden Nazi-Aufmärschen in den Weg stellen. Auch hier wird mit dem Demonstrationsrecht der Neonazis argumentiert. Besonders zynisch erscheint dieses polizeiliche Vorgehen, wenn man bedenkt dass gegenwärtig noch von der Aachener Justiz gegen Menschen ermittelt wird, die gegen den ausländerfeindlichen Nazi-Aufmarsch in Stolberg mit friedlichen Blockaden vorgegangen sind. Zudem verletzten Polizisten TeilnehmerInnen der Demonstration, die sich verteidigen mussten, und wirkten so eskalierend. DemonstrantInnen, die Anzeige erstatten wollten gegen Neonazis, wurden teilweise von Polizisten nicht ernst genommen. Die Situation am Synagogenplatz war vorhersehbar und auch hier mussten wir feststellen, dass die Polizeiführung nicht Willens war, dem vorzubeugen.

Wir müssen also feststellen, dass im Kampf gegen rechte Gewalt Polizei und Justiz keine Verbündeten sind. Im Gegenteil: Mit dem gleichen Argument, dem Demonstrationsrecht werden AntifaschistInnen kriminalisiert und Neonazis gefördert.

Wir müssen es also selber tun:

Antifaschistischen Selbstschutz organisieren!
Faschisten verjagen!
Rassismus konsequent bekämpfen!

Wir werden auch weiterhin aktiv bleiben gegen Neonazis. Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Und wir kämpfen weiter für eine Welt ohne Ausbeutung und Armut, ohne Sexismus und Rassismus, ohne Umweltzerstörung und Krieg. Wir kämpfen gegen die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Faschisten schützen diese Ausbeutungsverhältnisse, greifen Menschen an, die sich dagegen wehren. Sie sind nützliche Idioten des kapitalistischen Systems.

Wir laden jede und jeden ein, sich uns in diesem Kampf anzuschließen!

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Linken Zentrum Aachen, Augustastraße 69. Interessierte sind herzlich willkommen. ... *[‘solid], 5.11.2013* ■

Die „Leonarda-Affäre“:

Einwanderungspolitik in Frankreich führt zu Protesten

Die Kunst, es Allen recht machen zu wollen und es dabei definitiv niemandem recht zu machen, beherrscht Frankreichs Präsident François Hollande meisterhaft. Sein Fernsehauftritt vom Samstag, den 19. Oktober 2013 ist ein wahres Prachtwerk dieser Zunft. An den zwei Tagen zuvor hatten in Paris tausende von Oberschülerinnen und Oberschülern gegen die Abschiebung zweier Gleichaltriger in den Kosovo sowie nach Armenien protestiert. Auf der Place de la Nation mischten sich so am Freitag, den 18. Oktober mehrere Tausend Heranwachsende mit linken Aktivisten, Gewerkschaftern mit CGT-Fahnen, einzelnen Politprominenten wie Jean-Luc Mélenchon von der Linkspartei (Parti de Gauche) und sehr viel martialisch auftretender Polizei.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand die „Affäre Leonarda“, nach dem Vornamen eines 15jähriges Roma-Mädchens, das bei einem Schulausflug durch die Polizei aufgegriffen und zusammen mit ihrer Familie nach Kosovska Mitrovica abgeschoben worden war. Ihr Vater war am 8. Oktober d. J., die übrige Familie Dibrani am 9. Oktober vom französischen Jura über Lyon in den Kosovo ausgeflogen worden.

Die französische Öffentlichkeit war darüber gespalten. Ebenso wie über den Fall des 19jährigen Armeniers Khatchik Kachatyran, eines Berufsschüler aus Paris, der drei Tage nach der Abschiebung von Leonarda Dibran – gefesselt und von Polizisten begleitet – in sein Herkunftsland befördert wurde. Der als guter Schüler geltende, aktiv nach Zukunftsperspektiven suchende junge Mann droht nun als Deserteur verfolgt zu werden, weil er sich nicht bei der armenischen Botschaft in Paris registriert hatte, nachdem er mit seiner ehemals geflohenen Familie vor zwei Jahren nach Frankreich gekommen war. Günstigstenfalls droht ihm die sofortige Einziehung zum Militärdienst in dem Land, das seit 1988 von einem aufgeheizten Nationalismus geprägt wird, sonst Gefängnis.

Über die Familie von Leonarda Dibrani wurde durch einen Bericht der Verwaltung, der die Überprüfung möglicher Unregelmäßigkeiten bei der Abschiebung zum Gegenstand hatte, hingegen eher Negatives in der Öffentlichkeit verbreitet. Ihrem Vater wird häusliche Gewalt zur Last gelegt – die Tochter erklärte, sie habe einmal Prügel bezogen, als sie zum ersten Mal um vier Uhr früh nach Hause kam, danach habe man sich in der Familie aber arrangiert –, und die Verwaltung behauptet, er habe Jobangebote ausgeschlagen und „offen erklärt, er warte auf das Kassieren von Kindergeld, sobald er Aufenthaltspapiere habe“. Er habe „kleinere Straftaten“ begangen und sei „mit der Justiz im Konflikt gestanden“. Aber von konkreten Verurteilungen, über die die Medien sich sicherlich sonst ausgelassen hätten, wurde nichts bekannt. Ferner wurde publik, die Familie komme gar nicht aus dem Kosovo, wie der Vater in einem Asylantrag fälschlich angegeben habe – in der Erwartung, es sei „leicht“, so einen Flüchtlingsstatus und Aufenthaltspapiere zu bekommen, wie er selbst in Interviews mit französischen Fernsehsendern ausführte, in dem er eher großsprecherisch auftrat. In Wirklichkeit stammt allerdings nur der Vater aus dem Kosovo. Die Mutter von Leonarda und fünf anderen Kindern stammt aus einer Romafamilie in Sizilien. Und die Familie lebte zuletzt in Fano an der italienischen Ostküste. Die dortigen Behörden sollen jedoch (wie der örtliche Bürgermeister gegenüber französischen Medien erklärte) dem Vater gedroht haben, ihm das Sorgerecht für seine Kinder zu entziehen, weil er diese zum Betteln gezwungen und nicht in die Schule geschickt habe.

Dies Alles mag nun stimmen oder nicht; wahrscheinlich ist der Bericht zumindest einseitig zugespitzt. Er diente dazu, die französische Öffentlichkeit darauf einzustimmen, die Abschiebung als legitim zu erachten. Dabei ging natürlich unter, dass es eben um Prinzipien geht, und nicht um eine Einzelfallprüfung, bei welcher das (natürlich unzureichend informierte) Publikum gute oder schlechte Noten an Individuen oder Familien zu vergeben hat. Rechte müssen für Alle gelten, etwa jenes der Kinder und Heranwachsenden auf eine nicht unterbrochene Schulbildung; zumal falls Leonarda in Wirklichkeit gar nichts mit dem Kosovo zu tun hat, ist deren Fortsetzung mehr als ernsthaft gefährdet. Die Botschaft, die beim Gutteil des Publikums ankam, war allerdings eher jene: „Solche Leute haben in UNSEREM Land nichts verloren.“

65 Prozent erklärten sich in einer Umfrage am Wochenende des 19./20. Oktober dann auch „gegen die Rückkehr Leonardas nach Frankreich“; 33 Prozent dafür. Umfragen sind stets mit Vorsicht zu genießen, bei einem emotionalisiert in der Öffentlichkeit verhandelten Thema erst recht. Aber die schweigende Mehrheit dürfte dies doch wirklichkeitsgetreu abbilden.

François Hollandes „Kompromiss“ vorschlag lautet nun: Die 15jährige solle „allein“ nach Ostfrankreich zurückkehren. Ihre Brüder, Schwestern und Eltern allerdings nicht. Hollandes Vorschlag stellt jedenfalls absolut niemanden zufrieden, weder die Humanisten noch die Abschiebebefürworterinnen, während die Rechtsopposition im Rückkehrangebot eine angebliche „Kapitulation des Staates“ wittert und Marine Le Pen noch zuspitzt: „Leonardas Familie hat selbstverständlich nichts in Frankreich zu suchen.“ Ferner ruft er auch juristische Bedenken hervor, da er im Kern Kinder- und Jugendschutz widerspricht. Die Abschiebung der Schülerin zusammen mit ihrer Familie war just damit begründet worden, dass eine Ausweiseverfügung für ihren Vater vorliege und man die Familie nicht auseinanderreißen dürfe – ihre Trennung widerspräche dem Jugendschutz.

Lehrergewerkschaften, Linke und auch die parteiinternen Kritiker Valls‘ innerhalb der französischen Sozialdemokratie nutzten die Chance, um ihrem allgemeinen Unmut mit der verschärften Abschiebepolitik Ausdruck zu verleihen. Valls erklärte unlängst stolz, seine Abschiebezahlen lägen über denen der Jahre 2009 bis 2011, also in der ersten Hälfte der Amtszeit der rechten Vorgängerregierung [1].

Seit dem 21. Oktober waren erst einmal Herbstferien für die französischen Schüler angesagt. Am 5. und am 7. November – Dienstag und Donnerstag vergangener Woche – fanden neue Demonstrationen statt, fielen jedoch erheblich schwächer aus als die letzten zuvor: Die Bewegung scheint durch die ferienbedingte Pause an Dynamik verloren zu haben. Am frühen Vormittag des 7. November kam es jedoch in diesem Zusammenhang, anlässlich der Blockade einer Oberschule in der Vorstadt Saint-Ouen (unmittelbar nördlich an Paris angrenzend), zu einem massiven Zusammenstoß mit der Polizei. Ein 16jähriger musste, nachdem er größere Mengen an Tränengas geschluckt hatte, ins Krankenhaus transportiert werden. Eine deutliche Mehrheit der Lehrkräfte an der Schule legte daraufhin für den Rest des Tages ihre Arbeit nieder.

Bernard Schmid, Paris ■

Quellennachweis:

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/idees/article/2013/10/19/la-tartufferie-du-ps-sur-l-immigration_3499477_3232.html

Allianzenwechsel auf europ. Ebene

Der FN tauscht seine Bündnipartner aus: weg von Jobbik, hin zu Geert Wilders...

Zu dem Bemühen der Parteiführung des Front National um ein halbwegs „anständiges“ Erscheinungsbild zählt auch der jüngst erfolgte Bündniswechsel auf europäischer Ebene. Marine Le Pen versucht, auf sichtbaren Abstand zu offen antisemitischen Parteien wie Jobbik in Ungarn oder der offen nazistischen „Goldenen Morgenröte“ in Griechenland zu gehen.

Umgarnt von ihr werden hingegen Parteien mit mehr oder minder breiter Wählerbasis in West- und Mitteleuropa, die als pro-abendländisch, als „zuverlässig“ im Sinne westlicher Politik gelten. Dies trifft kaum auf eine Partei wie Jobbik zu, nicht nur, weil sie gar zu unverhohlenen Judenhass schürt. Aus historischen Gründen blickt der radikale ungarische Nationalismus eher nach Asien: Im frühen 20. Jahrhundert kam dort eine Strömung des von der Türkei faszinierten „Turanismus“ auf; und nachdem am Ausgang des Ersten Weltkriegs die Donaumonarchie aufgelöst und Ungarn – im Vertrag von Trianon (1919) – erheblich verkleinert wurde, fühlten die dortigen Nationalisten sich „vom Westen verraten“. Etwa von Frankreich, auf dessen Boden der Trianon-Vertrag geschlossen wurde. Infolgedessen wandten ungarische Radikalnationalisten sich eher an den Nationalismus der türkischen Kemalisten sowie an den aufstrebenden japanischen Militarismus[1]. Diese Tradition ist, jedenfalls bei Jobbik, ungebrochen. Am 30. Oktober, 31. Oktober, 1. und 2. November 2013 sprach Jobnik-Chef Gabor Vona in vier türkischen Universitäten (in Sakarya, an der Marmara-Universität in Istanbul, in Bilecik und an der Istambul Universitesi). Dabei erklärte er u.a., Jobbik werde von westlichen Politikern verfolgt, „weil wir stets in Treue fest zur Türkei und zu den turanischen Völkern wie in Aserbaidschan hielten“. Und er rief aus: „Der Islam ist die letzte Hoffnung für die Menschheit, in der Finsternis des Globalismus und des Liberalismus.“ (Was eigentlich nicht ganz der Sichtweise des Kemalismus und säkular-autoritären türkischen Nationalismus entspricht, aber sei’s drum.)

Derzeit existieren in Europa drei supranationale Zusammenschlüsse von rechtsextremen Parteien:

1. Der kleinste und „radikalste“ ist die Europäische Nationale Front oder European National Front; zu ihr gehören u.a. die deutsche NPD, aus Griechenland die „Goldene Morgenröte“ sowie die italienische Forza Nuova. Ihr internationales Gewicht ist jedoch eher vernachlässigbar.

2. Als Zweites gibt es die Europäische Allianz der nationalen Bewegungen oder European Alliance of national movements (französisch AEMN abgekürzt), welche am 24. Oktober 2009 in Budapest gegründet wurde. Ihre beiden stärksten Parteien waren bislang die ungarische Jobbik-Partei und der französische Front National; ihr Vorsitzender war bis vor kurzem der französische FN-Europaparlamentarier Bruno Gollnisch. Ansonsten gehörten der AEMN bei ihrer Gründung eher schwächere Parteien an, wie ein Fähnlein italienischer Traditionsfaschisten (Movimento Sociale-Fiamma tricolore), das jedoch neben den stärkeren „Postfaschisten“ von Gianfranco Fini nur eine Splitterpartei bildet. Im Laufe der Zeit gesellte sich dann noch die britische BNP hinzu.

3. Und zum Dritten gibt es die „Europäische Allianz für Freiheit“ oder European Alliance for Freedom (französisch AEL abgekürzt), die von den drei Koalitionen die mit Abstand stärkste ist. Ihr gehören u.a. die österreichische FPÖ, der belgisch-flämische Vlaams Belang, die Schwedendemokraten (SD) und aus Deutschland die „Bürger in Wut“ (BIW) an. Auch die britische „Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs“ UKIP wirkte zumindest inoffiziell bei der Allianz mit; ihr Europaparlaments-Abgeordneter Godfrey Bloom hatte von 2010 bis 2012 den Vorsitz der Allianz inne, ohne dass seine Partei formell in ihr Mitglied gewesen wäre.

Bislang war der Front National bezüglich seiner Teilnahme an den europäischen Koalitionen gespalten. Auf der einen Seite führte der pensionierte Juraprofessor, Europaparlamentarier und ehemalige Kandidat für den FN-Vorsitz (2010/11) Bruno Gollnisch seit Gründung der AEMN deren Vorsitz. Andererseits bemühte Marine Le Pen sich jedoch weitaus eher um Anschluss an die andere, unter 3) genannte Koalition. Im Juni 2011 erklärte sie – in ihrem eigenen Namen – ihren Austritt aus der AEMN, die jedoch weiterhin durch Gollnisch präsidiert wurde. Im November 2012 wurde Marine Le Pen dann zur stellvertretenden Vorsitzender der konkurrierenden Koalition AEL gewählt. Deren Vorsitzender ist seit demselben Datum der FPÖ-Politiker Franzo Obermayr.

Am 23. Oktober 2013 erklärte Marine Le Pen nun auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Franz Obermayr im Europäischen Parlament, dieser doppeldeutigen Situation müsse ein Ende gesetzt werden. Ihre Partei bleibe unzweideutig (nur noch) der AEL angegliedert. Gleichzeitig forderte sie die beiden anderen Abgeordneten des Front National im Europaparlament – wo die französische Partei seit 2009 über drei Sitze verfügt – Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch, zum Austritt aus der AEMN auf[2]. Diese erklärten daraufhin, der Anordnung ihrer Parteichefin Folge zu leisten. Am 7. November 2013 erklärte Jean-Marie Le Pen dann bei einem Auftritt in Champigny-sur-Marne (südöstlich von Paris): „Marine Le Pen hat uns dazu aufgefordert, uns aus dieser Allianz zurückzuziehen, Bruno Gollnisch und ich haben es getan.“ Demnach traten die beiden FN-Politiker „Ende Oktober“ aus der AEMN aus[3].

Als neuer europäischer Bündnispartner umworben wird nun eher die „Partei für die Freiheit“ (PVV) des niederländischen Anti-Islam-Politikers Geert Wilders. Im Unterschied zu Parteien wie Jobbik legt diese weder offenen Antisemitismus an den Tag, noch muss sie als unzuverlässig im Sinne der „Imperative westlicher Politik“ – der Behauptung so genannter westlicher Interesse gegen die übrige Welt – gelten. Im Unterschied zu Jobbik oder zu Jean-Marie Le Pen (in den Jahren 1998 oder 2009) wird es von ihr auch keine Sympathiebekundungen für das iranische Regime geben. Ansonsten ist die PVV ungeschminkt rassistisch, besonders im Umgang mit muslimischen Einwanderern. Nach der niederländischen Parlamentswahl vom 9. Juni 2010 gehörte sie zeitweilig einer Regierungskoalition mit Konservativen und Liberalen an (ohne eigene Ministerämter zu besetzen), diese zerbrach jedoch nach knapp zwei Jahren, führte zu Neuwahlen im September 2012 und zur Bildung einer Großen Koalition.

Am 13. November 2013 – nach Redaktionsschluss dieses Artikels – wird ein Besuch von Marine Le Pen bei der PVV in den Niederlanden erwartet. Aber bereits am 22. April d.J. hatte sie mit deren Chef, Geert Wilders, zusammen in Paris gespeist. Ihr Zusammentreffen war damals allerdings erst drei Tage später durch den FN bekannt gemacht worden.

Bernard Schmid, Paris

1 Vgl. etwa Hérodote Nr. 144: L’extrême droite eu Europe (2012), besonders S. 41.

2 Vgl. http://www.francetvinfo.fr/monde/europe/marine-le-pen-veut-des-allies-en-europe-mais-pas-des-extremistes_442360.html

3 Vgl. http://www.rtl.fr/actualites/info/politique/article/fn-jean-marie-le-pen-obeit-a-sa-fille-et-quitte-le-parti-pan-europeen-7766551739

KORREKTUR

Die aufmerksame Leserin dürfte es in AN 21/2013 (auf Seite 8) wohl selbst korrigiert haben: Die Hetze von Marine Le Pen richtet sich nicht so sehr gegen „vorgeblich intergrationswillige Muslime“, sondern eher gegen vorgeblich integrations„un“willige…

Front National zwischen „Respektabilität“ und faschistischer Natur

Ablenkung durch Angriff auf Andere: Nach diesem guten alten AAA-Prinzip verfuhr der Front National jüngst im Umgang mit – nur zu gut begründeten – Rassismusvorwürfen. Diese drohten dem Bemühen seiner Chefin, Marine Le Pen, um „Entdämonisierung“ (dédiabolisation) nachhaltigen Schaden zuzufügen. Wie gut, dass es da noch andere Leute gibt, die sich mitunter Ähnliches vorwerfen lassen müssen wie die eigenen Parteigänger. Vielleicht lassen sich ja so die einen oder anderen Vorwürfe wegschieben.

Frankreichweit sorgte die Affäre um die rassistischen Sprüche einer (inzwischen „suspendierten“) FN-Kandidatin zu den Kommunalparlamentswahlen vom März 2014, Anne-Sophie Leclerc, über die Justizministerin und Karibikfranzösin Christine Taubira für Aufsehen. Die Ladenbesitzerin in den Ardennen hatte die dunkelhäutige Ministerin u.a. mit einem Affen verglichen und als „eine Wilde“ bezeichnet. (*Vgl. AN Nr. 22/2013*) Wie gut für die rechtsextreme Partei, dass es da unterdessen noch eine andere Affäre um rassistische Ausfälle gegen Taubira gibt.

Rassistische Ausfälle vom FN ... und der UMP

Am 25. Oktober 2013 besuchte die Ministerin Taubira die westfranzösische Stadt Angers. Dabei wurden von Gegnern der Homosexuellen-Ehe – bei deren Einführung durch ein neues Gesetz im Mai 2013 Christiane Taubira, als amtierende Justizministerin, eine wichtige Rolle spielte – u.a. Parolen skandiert wie: „Taubira, Du riechst übel!“ Die ärgsten Sachen wurden jedoch von Kindern gerufen, „unter dem amüsierten Blick der Eltern“, wie die Lokalpresse berichtet. Und ein circa zwölfjähriges Mädchen rief laut aus: „Eine Banane für die guenon (für das Affenweibchen)!“, und die Parole wurde auch von anderen Kindern wiederholt, die dabei Bananen schwenkten. Natürlich stammen diese ‚Ideen‘ nicht von den Kindern selbst, für die politische Persönlichkeiten noch nicht zur Alltagsbeschäftigung gehören dürften, sondern ihre Alten stachelten sie dazu auf…[1]

Am 6. November 2013 nahm die ganze Sache eine neue Wendung, welche für den FN sehr praktisch ausfällt. An jenem Tag publizierte die bürgerlich-konservative Tageszeitung Le Figaro eine Nachricht, der zufolge eine erwachsene Demonstrantin aus der Gruppe, aus deren Mitte heraus Christiane Taubira rassistisch beleidigt worden war, identifiziert worden war. Es handelt sich um Gabrielle de La Bigne, eine Aktivistin der konservativen UMP, die im laufenden Kommunalwahlkampf sehr aktiv und ferner die Schwägerin des Bezirksvorsitzenden des UMP-Jugendverbands – Philippe de la Bigne – ist. Diese Information stammte jedoch von einem Studierendenverband des Front National, dem nur örtlich aktiven RED (Rassemblement des étudiants de droite – „Sammlung der rechten Studenten“). Eine gleichnamige rechtsextreme Studentenvereinigung existierte in den 1990er Jahren mit Schwerpunkt Paris, frankreichweit wurde sie jedoch 2009 aufgelöst; in Angers existiert jedoch eine gleichnamige Organisation wieder seit den Studentenvertretungswahlen von 2012.

Unmittelbar nach dem Erscheinen des Artikels auf der Webseite des Figaro publizierte auch die FN-nahe, professionell betriebene Internetseite Nations presse info (NPI) dazu. Die rechtsextreme Studentenvereinigung RED kommt dort zu Wort und präzisiert, auf einem Video erkenne man Gabrielle de la Bigne, wie sie ein Kind stützt „und dabei anscheinend Bananen in der Hand hält“.[2]

Perfide erklärte die rechtsextreme Studentengruppe RED dazu, man verurteile selbstverständlich (hüstel hüstel, räusper) „solche Obszönitäten“. Umso widerwärtiger sei es, dass nach der Demo vom 25. Oktober 2013 „sofort mit Fingern auf den FN gezeigt wurde“.

„Du gehörst in den Ofen“

Auf einem anderen Blatt steht sicherlich die Frage, ob es der extremen Rechten durch dieses (nicht ungeschickte Manöver) gelingen wird, ihre eigenen „Affären“ in der öffentlichen Meinung hintan stehen zu lassen.

Diese betreffen nicht allein die abgestürzte Kandidatin von Rethel in den Ardennen, Anne-Sophie Leclerc. Daneben sorgte auch der Austritt einer bisherigen Spitzenkandidatin des FN in Saint-Alban (nördlicher Vorort von Toulouse, rund 6000 Einwohner/innen) für einigen Wirbel. Es handelt sich um die algerischstämmige Französin Nadia Portheault.

Die junge Frau und ihr Ehemann, Thierry Portheault, hatten anscheinend dem auf „Öffnung“ (und mitunter auch auf Respekt gegenüber den französischen Staatsbürgern mit ausländischen Wurzeln) abstellenden, vordergründigen Diskurs von Marine Le Pen vertraut. Thierry Portault kam von der konservativen UMP oder aus ihrem Umfeld. Beide traten dem FN bei. Madame schien dabei auch einigen Ehrgeiz an den Tag zu legen, beanspruchte die örtliche Spitzenkandidatur – und hatte zeitweilig vor, unter ihrem Mädchennamen (ihr Geburtsname lautet Djelida) zur Kommunalwahl anzutreten. Darauf musste sie, sofern ihre Angaben zutreffen, sich Dinge anhören wie den Vorwurf, „schon ihr Vorname sei ein Handicap“. Ein Funktionär des FN im Raum Toulouse soll ihr zufolge sogar geäußert haben: „Du und Deine Kinder, Ihr gehört in den Ofen!“ Ein anderer wieder habe sich „mit den Hakenkreuztätowierungen seines Bruders gebrüstet“ und sich stolz darüber gezeigt, dass ihr gemeinsamer Vater ein überzeugter Nazi-Anhänger gewesen sei.

Nadia Portheault trat vor die örtliche Presse, beschwerte sich über „schmierige Witze über Araber und Homosexuelle“ in den Reihen des FN, und erklärte mitsamt ihrem Ehemann ihren Parteiaustritt[3]. Der Front National reagierte darauf, indem er umgehend eine Strafanzeige wegen Verleumdung (diffamation) ankündigte. Diese soll durch die Pariser Parteiführung erstattet werden[4]. Allerdings klingt die erste Reaktion des Toulouser Spitzenkandidaten und historischen Anführers des FN im Département, Serge Laroze, nicht gar so wie ein energisches Dementi: „In allen Gruppen / Menschenansammlungen kommt es vor, dass Leute über die Stränge schlagen, und man kann nicht alle kontrollieren.“[5] Der Generalsekretär der Partei, Steeve Briois, versuchte hingegen, der Sache einen anderen Anschein zu geben und es nach politischen Widersprüchen aussehen zu lassen: Thierry Portheault habe immer wieder seine frühere Partei – die UMP – verteidigt und im Grunde an ihr festgehalten, diese sei jedoch „ein politischer Gegner für uns“.[6]

Am 6. November 2013 wurde ferner ein junger Kommunalwahlkandidat des FN im elsässischen Rixheim (13 000 Einwohner/innen, im Umland von Mulhouse) von der Liste heruntergenommen; er will aber lt. eigenen Worten weiterhin bei der Partei aktiv bleiben. Der 20jähige Joris Hanser war zuvor durch Einträge bei Facebook in der Öffentlichkeit angeeckt. Beispielsweise hatte er am 14. Oktober d.J. – also am Tag nach der Wahl eines FN-Kandidaten, Loris Lopez, mit einer Mehrheit von 53,9 % ins Bezirksparlament von Toulon (*vgl. AN 21 und 22/2013*) – über den betreffenden Stimmkreis gewitzelt: „Heute morgen in Brignoles waren die Ausweise in der Unterpräfektur abzuholen.“ Das Wort ‚Ausweise‘ stand dabei auf Deutsch, es handelte sich also glasklar um eine Anspielung auf den Beginn der Nazibesatzung 1940[7]. Die

Fortsetzung Seite 10 unten

Frankfurt: Kirche nimmt Lampedusa-Flüchtlinge auf

Nach Berichterstattung von hr-online.de vom 4.11. haben 22 junge Flüchtlinge vorläufig in der Gemeinde Cantate Domino in Frankfurt eine Unterkunft gefunden.

Mehrere evangelische Gemeinden hatten einen gemeinsamen Gottesdienst gefeiert. „Doch anstatt nach dem Mittagessen wieder ihrer Wege zu gehen, wartete eine besondere Aufgabe auf die Gemeindemitglieder: Hilfe für 22 afrikanische Flüchtlinge, die unter Lebensgefahr über das Mittelmeer nach Lampedusa geflüchtet waren und seit Wochen unter der Frankfurter Untermainbrücke campierten.“ So die Berichterstattung von hr-online.

Die Pfarrerin der Gemeinde und ihre Kollegen setzen sich für eine langfristige Lösung und sichere Unterkunft für die 22 Männer ein. Ihr Anliegen: „Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese jungen Männer hier eine Chance bekommen und ihr Leben nicht wieder unter der Brücke campierend oder Pfandflaschen suchend fristen müssen.“

Quelle: http://www.hr-online.de 4.11.2013 ■

15 000 Menschen fordern Bleiberecht für „Lampedusa in Hamburg“

Es war die größte Demonstration zur Unterstützung von Flüchtlingen, die es je in Deutschland gab, als letzten Samstag, dem 2. November, in Hamburg über 15 000 Menschen auf die Straße gingen, um für das Bleiberecht von „Lampedusa in Hamburg“ und gegen das tödliche EU-Grenzregime zu protestieren.

Bereits am 25. Oktober starteten 10 000 Leute zur Demo vom Stadion in St. Pauli, täglich fanden und finden in Hamburg ganz unterschiedliche Aktionen statt, nachdem der SPD-geführte Hamburger Senat unter Olaf Scholz eine Woche nach dem „Unglück vor Lampedusa“ vom 3. Oktober mit gezielten Razzien gegen schwarzafrikanische MigrantInnen begann.

Dass der Widerstand trotz und gegen diese repressive und sture Haltung immer breiter und entschiedener wurde, hat exemplarische Bedeutung. Wenn sich der kollektiv angelegte Kampf in Hamburg durchsetzt, könnte dies entscheidend zur weiteren Ermutigung und Stärkung der selbstorganisierten Flüchtlingsproteste beitragen, und auch insofern sind nun überall weitere Solidaritätsaktionen mit Lampedusa in Hamburg gefragt…

Lampedusa-Demo in Hamburg, Quelle: EM

„Lernen aus Lampedusa-Fluchtwege öffnen“ war das Motto eines Aufrufs aus München, mit dem dort, in Frankfurt und weiteren Städten Ende Oktober demonstriert wurde. Die kritische Stimmung gegen die EU-Migrationspolitik ist auch medial weiter präsent, beispielhaft die Ausgabe des Stern vom 17.10.2013, in der in Leitartikeln, Kommentaren und Berichten Frontex und die tödliche Abschottung massiver denn je in Frage gestellt und gleichzeitig eine neue Flüchtlingspolitik gegen das Sterben auf See gefordert wurde. Dass die politisch Verantwortlichen diese „neue Krise“ aussitzen wollen, haben die letzten EUTreffen in Brüssel gezeigt, in denen sie – die deutsche Regierung voran – für weitere Kontrollen mit Frontex und Eurosur und damit für weiteren Tod und Leid an der Außengrenze gestimmt haben.

Die Herausforderung bleibt, nun in den kommenden Wochen und Monaten – mit Bezug auf Lampedusa in Hamburg, aber auch auf die anhaltenden selbstorganisierten Proteste und Alltagskämpfe in vielen Städten bis hin nach Tunis zu den Choucha-Flüchtlingen (s.u.) – kontinuierliche lokale Aktivitäten zu entfalten und gleichzeitig neue, übergreifende Durchsetzungsstrategien zu diskutieren. Das hat auf ersten europäischen Treffen der Flüchtlingsbewegung in Brüssel begonnen, es wird auch bei der anstehenden europaweiten Blockupy-Konferenz ein Thema sein, und es gibt Planungen, für Februar 2014 eine neue bundesweite Konferenz (No Border lasts forever III) vorzubereiten.

Herrschaften haben nun einmal einen ganz bestimmten Sinn für Humor…

NACHTRAG :

In der kommenden Ausgabe wird es besonders um das Verhältnis des FN zum konservativen Bürgerblock gehen. Um die Vorstöße von UMP-Chef Jean-François Copé für eine Verschärfung des Staatsbürgerschaftsrechts – die in breiten Kreisen als Signal für eine ideologische Annäherung an den FN gewertet wurden – und um Beschwerden desselben Copé betr. antisemitische Anwürfe von FN-Mitgliedern gegen seine Person. Um die umstrittene Kranzniederlegung des FN-Politikers Florian Philippot am Grab von Charles de Gaulle, zu dessen 43. Todestag. Und um das Anwerben eines früheren hochrangigen Ministerialbürokraten unter den konservativen Staats- und Regierungschefs Jacques Chirac und Alain Juppé durch den FN: das Überlaufen von Philippe Martel. Sowie darum, wie Marine Le Pen sich mit ihren Auslassungen über die Rückkehr früherer französischen Geiseln aus der Sahelzone öffentlich in die Nesseln setzte… – Hinweisen möchten wir noch auf unseren andernorts erschienenen Artikel zur Rolle des FN in der sozialen Krise in der Bretagne:
http://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale_konflikte-frankreich/soziale-bewegung-in-der-bretagne-durchmixte-gemengelage-mit-starkem-rechtem-einschlag/#more-47627

Bernard Schmid, Paris ■

Quellenangaben:

1 Vgl. http://www.angersmag.info/Quand-les-opposants-au-mariage-pour-tous-depassent-les-bornes_a7994.html und http://www.lepoint.fr/societe/le-derapage-des-anti-mariage-gay-a-angers-26-10-2013-1748303_23.php oder http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2013/10/27/97001-20131027FILWWW00042-racisme-taubira-a-nouveau-insultee.php – Ferner wurde in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober 13 ein Parteisitz der französischen Sozialdemokratie in Lorient (Bretagne) mit Anti-Taubira-Parolen und Slogans gegen die Homosexuellenehe beschmiert. Darunter fanden sich Sprüche wie „Tod dem Parti Socialiste“, „Wir geben nicht auf, fette Taubira“ oder auch einfach schlicht: „für den FN“. Vgl. http://www.europe1.fr/Politique/Tags-anti-Taubira-sur-une-permanence-PS-1687825/

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/2013/11/06/01002-20131106ARTFIG00321-taubira-insultee-a-angers-une-militante-embarrasse-l-ump.php und Nations Presse Info, Eintrag vom 06.11.2013: « Taubira insultée à Angers : Gabrielle de La Bigne, la militante qui embarrasse l'UMP ».

3 Vgl. http://www.voixdumidi.fr/municipales-une-candidate-fn-se-retire-denoncant-l-ambiguite-de-son-parti-61293.html oder http://www.ladepeche.fr/article/2013/11/05/1746297-saint-alban-origine-algerienne-candidate-fn-jette-eponge-denonce-racisme.html

4 Vgl. http://www.europe1.fr/Politique/Racisme-une-candidate-FN-demissionne-le-parti-l-attaque-1698295/

5 Vgl. http://www.voixdumidi.fr/municipales-une-candidate-fn-se-retire-denoncant-l-ambiguite-de-son-parti-61293.html

6 Wie Fußnote Nr. 4.

7 Vgl. http://www.lepoint.fr/politique/fn-reseau-social-tu-perds-ton-sang-froid-08-11-2013-1753507_20.php

Die Ideen einer europaweiten Karawane steht im Raum und damit verbunden der Vorschlag, ab Frühjahr 2014 verstärkt die Kämpfe an den Außengrenzen (von Griechenland über Tunesien bis Marokko) gegen Dublin II und im Innern der EU zusammenzuführen. Wir hoffen und wünschen, dass dies gelingt und darüber werden wir weiter in unseren nächsten Newslettern informieren und alle Interessierten zur Mitwirkung auffordern.

Quelle: Kompass Antira-Newsletter November 2013 ■

Mehrheit sieht Zuwanderung positiv

Laut einer Umfrage des German Marshall Fund sieht eine klare Mehrheit der Deutschen (62 %) Zuwanderung als Chance, während 32 % sie tendenziell als ein Problem betrachten. Vor zwei Jahren nahmen noch 43 % Zuwanderung eher als problematisch wahr. Damit ist Deutschland nach Schweden (Chance: 68 %, Problem: 22 %) der EU-Mitgliedstaat, in dem Zuwanderung am optimistischsten wahrgenommen wird (EU-Durchschnitt: 41 %). Der Aussage, dass „Zuwanderer helfen, Arbeitskräftebedarfe auf dem Arbeitsmarkt zu decken", stimmen sogar 75 % der Deutschen zu. Dies ist noch vor Schweden (74 %) der höchstgemessene Zustimmungswert in der EU (Durchschnitt: 66 %). Offenbar ging die weitgehende Öffnung des Arbeitsmarktes für qualifizierte Zuwanderung (vgl. Ausgabe 3/13) und die Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Regierung mit der positiveren Wahrnehmung in Deutschland einher, schreiben die Autoren der Studie „Transatlantic Trends 2013" (vgl. Ausgaben 2/11, 10/08). www.gmfus.org

Quelle: http://www.migration-info.de Oktober 2013 ■

Bayern: Essenspakete werden abgeschafft

Bayerns neue Sozialministerin Emilia Müller hat am 30.10.2013 angekündigt, die Zwangsversorgung von Flüchtlingen mit Essenspaketen abzuschaffen und stattdessen Bargeld auszuzahlen. Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt diesen längst überfälligen Schritt sehr. Flüchtlinge wurden über Jahre entmündigt und durften nicht einmal selbst entscheiden, was sie essen. Bisher werden zweimal pro Woche Essenspakete an Flüchtlinge in ganz Bayern geliefert. Dieses System ist nicht bedarfsgerecht und verursacht erhebliche Kosten für Logistik und Transport. In den meisten anderen Bundesländern erhalten Flüchtlinge daher Bargeld oder Gutscheine. In welchem Zeitraum die Umstellung von Paketen auf Bargeld in Bayern erfolgen wird ist derzeit noch unklar. Ebenso unklar ist, ob auch die Versorgung in dezentralen Unterkünften, in denen Flüchtlinge durch Hotel- oder PensionsbetreiberInnen bekocht werden, umgestellt wird. Klar ist jedoch: Ohne die jahrelangen Flüchtlingsproteste und insbesondere den Hungerstreik am Rindermarkt im Juni 2013 wäre diese Neuregelung nicht gekommen.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 04.11.2013 ■

Flüchtlinge demonstrieren in Bitterfeld-Wolfen

Quelle: http://refugeeprotestbtf.blogsport.de

Für Mittwoch, den 6. November 2013 riefen Flüchtlinge des Landkreises Bitterfeld und ihre Unterstützer_innen zu einer Demonstration unter dem Motto „Raus aus der Isolation" zu einer Demonstration auf. Zentrale Forderungen waren:

Flüchtlingslager schließen!
Für eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen!
Für ein Recht auf Sprachkurse und eine Arbeitserlaubnis!
Für ein Bleiberecht für alle! 1)

Nach Berichterstattung von ep und neues Deutschland demonstrierten ca. 100 für diese Forderungen. Weiterhin berichtet nd, dass dieAsylbewerber die Verhältnisse in den beiden Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis Anhalt-Bitterfeld kritisierten. Viele der Flüchtlinge leben isoliert am Rande von kleinen Dörfern und würden durch Heimpersonal bei Entscheidungen weitgehend bevormundet, hieß es von den Initiatoren der Protestaktion. Sammelunterkünfte für Asylbewerber stehen in Sachsen-Anhalt seit Jahren in der Kritik. Im Landtag war im September ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen gescheitert, Asylbewerber generell nach einem Jahr dezentral in Wohnungen unterzubringen. 2)

Quelle: 1) http://refugeeprotestbtf.blogsport.de, 2) http://www.neues-deutschland.de ■

Visumpflicht für Türken bleibt bestehen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 24. September entschieden, dass türkische Staatsbürger weiterhin ein Visum benötigen (*Az. C-221/11*), wenn sie in einem EU-Mitgliedstaat eine Dienstleistung in Anspruch nehmen wollen. Eine 20-jährige Türkin hatte in letzter Instanz vor dem EuGH in Luxemburg geklagt, weil ihr deutsche Behörden das Visum zum Besuch ihres Stiefvaters verweigert hatten. Dabei berief sie sich auf das seit 1963 zwischen der EU und der Türkei geltende Assoziationsabkommen. Das Zusatzprotokoll von 1970 beinhaltet eine sogenannte Stillhalteklausel, die es untersagt, neue Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs einzuführen.

Diese gelte nicht nur für Dienstleistungserbringer, sondern auch für Dienstleistungskonsumenten, und mit einem Familienbesuch gehe die Möglichkeit einher, dort Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, meinte die Klägerin. Dies sei nicht im Sinne der Stillhalteklausel, sagten die Richter am EuGH. Der Begriff „freier Dienstleistungsverkehr" erfasse nicht die passive Dienstleistungsfreiheit. Türkische Staatsangehörige können sich demnach als Dienstleistungserbringer visumfrei in einen EU-Mitgliedstaat begeben, als Dienstleistungsempfänger benötigen sie jedoch ein Visum.
(http://curia.europa.eu)

Quelle: http://www.migration-info.de Oktober 2013 ■

Flüchtlingslager Böbrach sofort schließen!

Bayerischer Flüchtlingsrat unterstützt die Forderung der protestierenden Flüchtlinge nach sofortiger Schließung des Isolationslagers

Der Bayerische Flüchtlingsrat erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit der Forderung der Flüchtlinge, die derzeit vor dem bayerischen Sozialministerium protestieren. Die Böbrach zugeteilten Flüchtlinge fordern die sofortige Schließung des Lagers und ihre Umverteilung in irgendein anderes Lager in Bayern. Bereits in der Vergangenheit kam es zu Protestaktionen von Flüchtlingen, die dort untergebracht waren. Nach einem Brand aus technischer Ursache wurde das Lager geschlossen.

„Wir haben nicht damit gerechnet, dass das Flüchtlingslager in Böbrach jemals wieder eröffnet wird, und waren heil froh über seine Schließung, denn es gibt kein Flüchtlingslager in Bayern, das so abgeschieden mitten im Wald liegt. Die Flüchtlinge sind dort absolut isoliert. Nahezu alle früheren BewohnerInnen des Lagers mussten sich in psychiatrische Behandlung begeben und hatten ihre Psychopharmaka griffbereit neben dem Bett stehen", erklärt Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Wir wissen um die Schwierigkeiten der Behörden, derzeit alle Flüchtlinge, die nach Bayern kommen, angemessen unterzubringen. Trotzdem appellieren wir an Sozialministerin Emilia Müller, das Böbracher Lager umgehend zu schließen, denn

es macht die Menschen, die dort leben müssen, psychisch krank".

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 05.11.2013 ■

Bleiberecht für Klaudija Qehaja

CDU und SPD woll(t)en Frau nach 25 Jahren Aufenthalt abschieben

Der Saarländische Flüchtlingsrat begrüßt die heutige Entscheidung der saarländischen Innenministerin, die geplante Abschiebung von Klaudija Qehaja in den Kosovo für eine Woche auszusetzen. Allerdings kam diese Entscheidung ausschließlich durch die öffentliche Aufmerksamkeit zustande, die dieser „Fall" hervorgerufen hat, und sie ist nur halbherzig. Der Flüchtlingsrat fordert deswegen ein sofortiges Bleiberecht für die junge Frau – ohne Wenn und Aber.

„Es ist völlig inakzeptabel und unmenschlich, dass eine junge Frau, die hier seit 25 Jahren lebt, aus ihren Lebenszusammenhängen herausgerissen und in den Kosovo abgeschoben werden soll.", erklärte Peter Nobert im Namen des Flüchtlingsrates und weiter: „Wer dies nach 25 Jahren Aufenthalt anders sieht, beweist lediglich, dass er in Sachen Abschiebungen ein Überzeugungstäter ist. Wir fragen uns auch, warum die große Koalition aus CDU und SPD es überhaupt soweit hat kommen lassen." Inakzeptabel sei es auch, dass sich das Innenministerium hinter den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte verstecke, wohl wissend, dass es in solchen Fällen immer auch einen politischen Spielraum gebe, um ein Bleiberecht für die Betroffenen durchzusetzen. Niemand müsse abgeschoben werden, wenn es der Staat nicht wolle.

„Abschiebungen, auch nach zwanzig und mehr Jahren Aufenthalt, sind immer noch Alltag in Deutschland. Dabei ist die Absurdheitsskala nach oben hin offen, weil man ein Exempel statuieren oder andere abschrecken will", so Peter Nobert weiter. Abschiebungen seien wie Lebensmittelpakete oder die Unterbringung im Lager Lebach ein wesentlicher Bestandteil saarländischer Flüchtlingspolitik. An der Situation von Klaudija Qehaja werde die ganze Unmenschlichkeit dieser Politik deutlich.

Saarländischer Flüchtlingsrat e.V. www.asyl-saar.de Pressemitteilung 4.11.2013 ■

Regierung ignoriert Rechtsprechung zu Abschiebungshaft

„Die Unterbringung von Abschiebungshäftlingen in gewöhnlichen Haftanstalten ist europarechtswidrig und muss sofort beendet werden", fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Ihr liegen Antworten der Bundesregierung auf ihre Schriftlichen Fragen zu Konsequenzen aus einem Urteil des Landgerichts München vor. Das Gericht hatte die Freilassung eines Abschiebungshäftlings abgeordnet, weil die Inhaftierung in einer Haftanstalt nach Ansicht des Gerichts wahrscheinlich gegen EU-Recht verstößt. Die Bundesregierung will daraus keinerlei Konsequenzen ziehen. Ulla Jelpke weiter:

„In den vergangenen Wochen haben Gerichte in München, Görlitz und Nürnberg angeordnet, Abschiebungshäftlinge aus der Abschiebungshaft zu entlassen, weil sie in regulären Strafanstalten untergebracht waren. Darin sehen die Gerichte bis hin zum Bundesgerichtshof einen möglichen beziehungsweise sogar wahrscheinlichen Widerspruch zum EU-Recht, das ganz klar eine getrennte Unterbringung in speziellen Einrichtungen fordert. Die deutsche Regelung entspricht diesen Vorgaben nach Ansicht der LINKEN und Nichtregierungsorganisationen nicht. Der Europäische Gerichtshof wird diese Frage aufgrund einer Vorlage durch den BGH endgültig zu entscheiden haben.

Bis zu dieser Entscheidung müssen alle Abschiebungshäftlinge in Deutschland, die in Strafhaftanstalten untergebracht sind, sofort entlassen werden. Menschen dürfen nicht zu Opfern rechtswidriger Freiheitsentziehung werden. Es ist unfassbar, wie leichtfertig die Bundesregierung sehenden Auges unrechtmäßige Inhaftierungen in Kauft nimmt, wenn es darum geht, Menschen außer Landes zu befördern. Ohnehin werden durch die Abschiebungshaft Menschen wie Kriminelle behandelt, obwohl sie sich keiner Straftat schuldig gemacht haben. Deshalb fordert DIE LINKE weiterhin, die Abschiebungshaft komplett abzuschaffen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 04.11.2013 ■

Schließung Abschiebungshaft in Langenhagen

Mit Beschluss vom 11.7.2013 – VZB 40/11 – hat der Bundesgerichtshof dargelegt, dass seiner Ansicht nach die Unterbringung von Abschiebungshaftgefangenen in einer JVA unzulässig ist, da dies gegen EU-Recht verstößt. Hintergrund der Entscheidung ist die seit Ende 2010 europaweit geltende Rückführungsrichtlinie, die bestimmt, dass Abschiebungsgefangene grundsätzlich in speziellen Einrichtungen untergebracht werden müssen. Eine Inhaftierung in normalen Gefängnissen ist nach der Rückführungsrichtlinie ausnahmsweise nur dann erlaubt, wenn ein Mitgliedstaat der EU über keinerlei derartige gesonderte Einrichtungen verfügt; in einem solchen Fall muss die Unterbringung dann aber strikt getrennt von Strafgefangenen erfolgen. In Deutschland gibt es eigenständige Einrichtungen zur Unterbringung von Abschiebungshaftgefangenen in Berlin, Brandenburg und Rheinland-Pfalz. In den weiteren Bundesländern und so auch in Niedersachsen werden Abschiebungshaftgefangene in normalen Gefängnissen untergebracht. An dieser Praxis hat der Bundesgerichtshof in genannter Entscheidung, der eine Inhaftierung in Hessen zugrunde lag, erhebliche Zweifel geäußert und das Verfahren zur endgültigen Klärung dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorgelegt.

Mittlerweile haben sich verschiedene Landgerichte der Auffassung des BGH angeschlossen. In Bayern haben das Landgericht München II am 16.10.2013 und das Landgericht Nürnberg-Fürth am 25.10.2013 entschieden, dass Abschiebungshaft nicht in einer Justizvollzugsanstalt vollstreckt werden darf und die Betroffenen freigelassen. Für Sachsen, wo Abschiebungshaftgefangene bislang ebenfalls in normalen Gefängnissen untergebracht wurden, hat das Landgericht Görlitz mit Beschluss vom 23.10.2013 in eben diesem Sinne entschieden.

Auch bei der zentralen niedersächsischen Hafteinrichtung für Abschiebungsgefangene, der JVA Hannover, Abteilung Langenhagen, handelt es sich nicht um eine eigene nur für Abschiebungshaftgefangene vorgesehene Einrichtung: Denn auch in Langenhagen werden Strafgefangene inhaftiert, und der Vollzug von Abschiebungshaft ist durch das Vollzugsregime des Strafvollzugsgesetzes bestimmt. Nur so ist zu erklären, dass die Gefangenen kein Mobiltelefon nutzen dürfen etc. Es ist zu hoffen, dass jetzt auch in Niedersachsen die seit nahezu 3 Jahren geltende Rückführungsrichtlinie ernst genommen und eine weitere Inhaftierung in der JVA Hannover, Abteilung Langenhagen untersagt wird.

In einer Mail an die Fluchtliste teilt der Flüchtlingsrat mit: „Wie der HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) vom 30.10.2013 (Anlage) zu entnehmen ist, will die Landesregierung die Abschiebungshaftanstalt in Langenhagen schließen. Sie entspricht damit der Forderung des Flüchtlingsrats, entsprechend den eindeutigen Vorgaben der EU-Rückführungsrichtlinie keine Abschiebungshäftlinge mit Strafgefangenen zusammen einzusperren (siehe Presseerklärung vom 29.10.2013). Auf Abschiebungshaft generell verzichten will die Landesregierung aber nicht. Wie die neuen Unterkünfte für Abschiebungshäftlinge aussehen sollen, ist noch ungeklärt.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 29.10.2013 ■

Vorverlagerung der EU-Grenzkontrollen ist menschenrechtswidrig

„Die Einbindung von Drittstaaten in das EU-Grenzregime führt zu Menschen-

rechtsverletzungen und muss gestoppt werden“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuell vorgelegten Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates, Nils Muiznieks. Jelpke weiter:

„Der Menschenrechtskommissar stellt in seinem Bericht die Situation in den Staaten des Westbalkans dar. Aus diesen Staaten sind in den vergangenen Jahren vermehrt Asylsuchende in die EU und insbesondere in die Bundesrepublik gekommen. Durch die seit 2009 geltende Visumfreiheit konnten sie zunächst ungehindert einreisen. Nun haben diese Staaten Restriktionen eingeführt, die die Ausreise potentiell Asylsuchender verhindern sollen und sich in der Praxis gegen die Minderheit der Roma richten. Der Menschenrechtskommissar warnt davor, dass das Menschenrecht auf das Verlassen eines Landes, auch des eigenen, hierdurch schwer beschädigt wird. Die Bundesregierung hat diese Menschenrechtsverletzung in der Vergangenheit auf Anfrage der LINKEN mit einem Achselzucken kommentiert.

Was für die Westbalkan-Staaten gilt, das gilt erst recht für Ägypten, Libyen und Tunesien. Mit einem Netz von Abschiebeabkommen und Kooperationsvereinbarungen versuchen die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX und die EU-Staaten, sie verstärkt in die Vorverlagerung des EU- Grenzregimes einzubinden. Im Ergebnis werden Asylsuchende mit Gewalt an ihrer Abfahrt über das Mittelmeer gehindert, wie es im Falle Ägyptens und Libyens schon mehrfach dokumentiert wurde. Das Seeüberwachungssystem EUROSUR wird diese Vorverlagerung des Grenzregimes und der massenhaften Verletzung des Menschenrechts auf Verlassen eines Landes und der Suche nach Asyl noch weiter verstärken. DIE LINKE fordert, diesen Ausbau des EU-Grenzregimes endlich zu stoppen und stattdessen sichere Fluchtwege in die EU zu schaffen.“

In dieser Anfrage hatten wir die Bundesregierung nach ihrer Haltung zu Ausreisehindernissen für Roma in Serbien, Montenegro und Mazedonien gefragt.

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 06.11.2013 ■

Abschaffung rassistischer Personenkontrollen im Koalitionsvertrag verankern

Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert, die Abschaffung rassistischer Personenkontrollen durch die Bundespolizei im Koalitionsvertrag zu verankern sowie die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses zur Reform von Polizei und Justiz aufzunehmen.

„Bestehende Regelungen zu anlasslosen Personenkontrollen zur Bekämpfung illegaler Migration wie in Paragraf 22 Absatz 1 a) Bundespolizeigesetz verstoßen gegen das grund- und menschenrechtliche Diskriminierungsverbot“, erklärte Beate Rudolf, Direktorin des Instituts. „Die neue Regierung sollte durch eine Streichung dieser Regelungen sicherstellen, dass die Polizei nicht weiterhin Menschen aufgrund unveränderlicher Merkmale wie Hautfarbe überprüft“, so Rudolf weiter. „Mit solchen pauschalen Verdächtigungen werden Menschen ausgegrenzt und in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt. Deren Schutz ist Kernanliegen des freiheitlichen und auf Menschenrechten basierenden Rechtsstaates.“

In einem am 27.10.2013 veröffentlichten Interview der taz mit dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hatte dieser bestätigt, dass die Bundespolizei auf Grundlage ihres gesetzlichen Auftrags Menschen wegen unveränderlicher Merkmale wie der Hautfarbe überprüft. Wolle man diese Praxis ändern, müsse die Politik den gesetzlichen Auftrag der Polizei verändern. Bislang hat die Bundesregierung stets negiert, dass eine solche Kontrollpraxis der Bundespolizei existiert.

Bundesregierung solle Vorbild werden

Hendrik Cremer, Autor der Studie zu „Racial Profiling“ durch die Polizei, betonte: „Der Grund für die menschenrechtswidrige Praxis ist nicht allein im Verantwortungsbereich und Handeln der Polizei zu suchen. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft kommt insoweit zum gleichen Ergebnis wie unsere Studie. Es sind die gesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen der Polizei, die auf diskriminierendes Handeln angelegt sind. Gesetzesbestimmungen wie Paragraf 22 Absatz 1a) müssen daher gestrichen werden.“ Die Bundesregierung solle hier zum Vorbild für die Bundesländer werden, in denen vergleichbare Landesgesetze existieren.

Zudem rief das Institut die Koalitionsverhandlungsführer für den Bereich Innen und Recht auf, auf Grundlage der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses einen weitreichenden Reformprozess einzuleiten, damit Polizei und Justiz rassistische Taten angemessen bearbeiten und Diskriminierungen durch die Behörden verhindert werden.

Quelle: http://www.migazin.de 30.10.2013 ■

UNHCR: Empfehlungen an die neue Bundesregierung

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat Ende September 2013 ein Eckpunktepapier mit Empfehlungen zum Thema Flüchtlingsschutz an die neue Bundesregierung gerichtet.

„Trotz steigender Asylzahlen müssen eine hohe Qualität der Verfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen sichergestellt sein, so dass alle international schutzbedürftigen Personen auch Schutz erhalten“, so Roland Bank, Leiter der UNHCR-Rechtsabteilung in Deutschland. Das UNHCR benennt insgesamt zehn Problemfelder, in denen für die kommende Regierung besonderer Handlungsbedarf gesehen wird: Im Zentrum stehe natürlich das faire Verfahren für Schutzsuchende, trotz steigender Zahlen. Dafür müsse das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell und qualitativ verstärkt werden. Kritisch wird das Flughafenverfahren gesehen. Auf Grund des stark beschleunigten Verfahrens und der verkürzten Fristen, geht das UNHCR davon aus, dass die Möglichkeit zu einer fairen Rechtswahrnehmung nicht immer angemessen gewährleistet ist. Auch müsse man bestimmte Gruppen von Schutzsuchenden vollständig von dem Flughafenverfahren ausnehmen, wie zum Beispiel Minderjährige, Opfer von Menschenhandel oder Menschen, die auf Grund von Gewalterlebnissen stark traumatisiert sind. Für jene sei das Flughafenverfahren „in besonderem Maße ungeeignet“.

Weitere Forderungen an die neue Regierung sind unter anderem das entschiedene Vorgehen gegen jegliche Form der Diffamierung von Schutzsuchenden, die Erleichterung des Familiennachzugs, eine höhere Resettlementquote, die Schaffung eines Aufenthaltstitels für Staatenlose, die Erleichterung eines legalen Zugangs für Schutzsuchende nach Europa, eine schutzorientierte Umsetzung der europäischen Richtlinien und die Wahrung der Flüchtlingsrechte bei der Anwendung europarechtlicher Zuständigkeitsregelungen.

Auf Grund der Unfähigkeit einiger EU-Mitgliedsstaaten, den Schutzsuchenden menschenwürdige Aufnahme und ein faires Asylverfahren zukommen zu lassen, betont das UNHCR, dass „auch in Anwendung der Dublin-III Verordnung die Überstellung in einen anderen Staat aus menschen- und flüchtlingsrechtlichen Gesichtspunkten unzulässig ist, wenn dem Schutzsuchenden dort unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Weiterschiebung in eine solche Gefahr oder in eine Gefahr der Verfolgung im Sinne der GFK (Genfer Flüchtlingskonvention) droht“. Dies gelte sowohl im Einzelfall, als auch in dem Fall, wenn das Schutzsystem insgesamt nicht funktioniere.

Das Eckpunktepapier kann heruntergeladen werden unter:
www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/02_unhcr/in_deutschland/Eckpunkte2013.pdf

Quelle: Publikation „Forum Migration November 2013“ ■

Notunterkunft in Berlin wirft Deutschkurs für Geflüchtete raus

Ehrenamtliches Engagement scheint in der Erst-und Notaufnahme für Asylsuchende in Berlin-Grünau unerwünscht. Die PeWoBe (Professionelle Wohn-und Betreuungsgesellschaft mbH) hat als Betreiberfirma der Unterkunft dem Deutschkurs-Angebot des Vereins Multitude e.V. ein schnelles Ende bereitet.

In einem Schreiben vom 9. Oktober begründet die PeWoBe die Beendigung der Zusammenarbeit mit Multitude e.V. damit, dass ein anderer Träger sein Deutschkurs-Angebot ausweiten würde. Dieser sieht wie Multitude e.V. darin jedoch keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung und möchte mit seinem Angebot nicht als Kündigungsgrund herhalten.

Dem Rauswurf liegt der Vorwurf der Betreiberfirma PeWoBe zugrunde, die Initiativgruppe Multitude e.V. würde sich in der Unterkunft politisch betätigen und in die Sozialarbeit einmischen. Anlass war offenbar die bei einem Runden Tisch mit Betreiber, Bezirksamt und weiteren lokalen Akteuren seitens Mutitude geäußerte Kritik an baulichen und organisatorischen Mängeln in der Notunterkunft. Die Heimleitung möchte anscheinend jede Kritik an ihrem autoritären Leitungsstil und eine öffentliche Thematisierung von Mängeln in der Notunterkunft unterbinden. Dabei schreckt sie auch vor Beschimpfungen nicht zurück und erklärte, dass sie die mit dem Land Berlin vertraglich vereinbarten baulichen und organisatorischen Mindeststandards für die Unterkun ft lediglich insoweit umsetzen werde, wie man sie auch selbst für erforderlich halte. Zitat der Heimleitung: „Was in der Unterkunft Standard ist, bestimme ich."

Das Landesamt für Soziales und Gesundheit (LAGeSo), das der PeWoBe den Auftrag für den Betrieb der Grünauer Einrichtung erteilt hat, in der sich derzeit 141 Menschen befinden, schreitet bisher nicht gegen den Versuch ein, ehrenamtliches Engagement zu zensieren. Der Flüchtlingsrat Berlin e.V. und das Projekt InteraXion setzen sich dafür ein, ehrenamtlichen Initiativen, die Geflüchtete unterstützen, grundsätzlich den Zugang zu Asyleinrichtungen in Berlin zu gewähren.

Carolina Tamayo Rojas vom Projekt InteraXion erklärt: „Der Vorwurf der Einmischung ist absurd. Was ist denn das Ziel von Deutschkursangeboten? Eine Sprache lernen heißt Einführung in die Gesellschaft und Kultur." Martina Mauer vom Flüchtlingsrat Berlin ergänzt: „D er ganze Vorgang gibt uns zu Denken. Wir fordern das LAGeSo auf, sich als Auftraggeber u nd Vertragspartner der Einrichtung für die Weiterführung der Angebote von Multitude e.V. i n der Grünauer Einrichtung einzusetzen." Die Gruppe Ehrenamtlicher organisiert seit Januar 2013 ein 14-tägiges Deutschkurs-Angebot in Kleingruppen sowie Bewohnerfeste und begleitet G eflüchtete bei Behördengängen und der Wohnungssuche. Multitude e.V. ist ein Verein, d er die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten und Migrant_innen im Sinne eines gleic hberechtigten Miteinanders ermöglichen und unterstützen möchte. Hierzu werden in Berlin u. a. Deutschkurse, Kinderbetreuung und Begleitung in verschiedenen Unterkünften für Geflüc htete angeboten. Der PeWoBe scheint der Verein jedoch ein Dorn im Auge zu sein: Auch in den Räumen von zwei weiteren Einrichtungen des Trägers durfte Multitude e.V. keine Deutschkurse anbieten.

Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung von InteraXion, Multitude e.V. und Flüchtlingsrat Berlin e.V. 22.10.2013 ■

PRO ASYL fordert: Flüchtlingsrechte im Koalitionsvertrag verankern

Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD

Anlässlich der gegenwärtig laufenden Verhandlungen appelliert PRO ASYL an CDU/CSU und SPD, Leitplanken für eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in Europa und Deutschland im Koalitionsvertrag zu verankern. „Statt Abschottung und Ausgrenzung muss der Schutz von Flüchtlingen zur Leitlinie des politischen Handelns werden", sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Deutschland dürfe nicht zusehen, wie Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen ein faires Verfahren verweigert werde.

Bezogen auf den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland fordert PRO ASYL ein Integrationskonzept vom Anfang an. Dies beinhaltet den Anspruch auf Deutschkurse auch für Asylsuchende. Die zwangsweise Unterbringung in Massenunterkünften, das Arbeitsverbot, die Residenzpflicht und das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz stigmatisierten die Betroffenen und leisteten rassistischen Vorurteilen Vorschub. Sie müssen abgeschafft werden.

Zentrale Forderungen von PRO ASYL

Legale und gefahrenfreie Fluchtwege: Flüchtlinge z.B. aus Syrien, Afghanistan, Somalia oder Eritrea stehen verzweifelt an Europas verschlossenen Grenzen. Ihnen bleibt kaum eine andere Chance als die gefährliche Flucht über das Meer. Die Toten vor Lampedusa waren nur einige von vielen Tausenden in den letzten Jahren. Nur legale Fluchtwege können das Sterben beenden, Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge eröffnen und unter anderem aktive Programme zur großzügigen Flüchtlingsaufnahme durchführen. Flüchtlingen an den EU-Grenzen muss ausnahmslos der Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährt werden. Es darf keine Zurückweisungen Schutzsuchender mehr geben. Die Seenotrettung muss konsequent gewährleistet sein.

Übernahme von Verantwortung innerhalb der EU: Zurzeit sind Flüchtlinge gezwungen, in dem Land ihren Asylantrag zu stellen, das sie als erstes erreichen. Die ausweglose Situation Schutzsuchender in Griechenland, Malta, Italien, Bulgarien oder Ungarn zeigt, dass diese Regelung zum Schutz der Menschen dringend geändert werden muss. Flüchtlinge, deren Verwandte bereits in Deutschland leben, muss künftig erlaubt werden, nach Deutschland zu kommen und hier ihr Asylverfahren zu durchlaufen. Es ist nicht einzusehen dass ein syrischer Flüchtling, dessen Schwester in Deutschland lebt, sein Asylverfahren in Griechenland oder Italien durchlaufen muss.

Integration von Flüchtlingen: Noch immer folgt der Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland der Strategie der Abschreckung. Dazu gehört die Unterbringung in Sammelunterkünften, die Asylsuchende ausgrenzt, stigmatisiert und der Gefahr rassistischer Angriffe aussetzt. Arbeitsverbote, die Residenzpflicht und das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinem diskriminierenden Sachleistungsprinzip verweigern den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben und degradieren sie zu Objekten staatlicher Alimentierung. Auch das leistet rassistischen Vorurteilen Vorschub. Deshalb gilt: Teilhabe vom ersten Tag an ist sinnvoll – für die betroffenen Menschen wie für die deutsche Gesellschaft. Asylsuchende sollten Deutsch- und Integrationskurse durchlaufen und uneingeschränkten Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildung erhalten. Das Recht von Flüchtlingen auf dezentrale Unterbringung in Wohnungen sollte im Bundesrecht verankert, das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz ersatzlos gestrichen werden.

Eine wirksame Bleiberechtsregelung: Noch immer leben in Deutschland fast 86 000 Menschen mit einer Duldung, rund 36 000 bereits länger als sechs Jahre. Über 22 000 der Geduldeten sind minderjährig. Sie alle haben keine sichere Aufenthaltsperspektive. Viele von ihnen scheiterten an den hohen Hürden bisheriger Bleiberechtsregelungen – schlicht, weil sie zu arm, zu krank, zu jung oder zu alt waren. PRO ASYL fordert eine Bleiberechtsregelung mit humanitärem Charakter, die stichtagsunabhängig ist und keine unerfüllbaren Bedingungen an die betroffenen Menschen stellt, zum Beispiel hinsichtlich der Sicherung des Lebensunterhaltes insbesondere von Kranken und alten Menschen.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 05. 11. 2013 ■

Ein vergessenes Kapitel der Geschichte

Millionen Soldaten aus Afrika, Asien und Ozeanien haben im Zweiten Weltkrieg gekämpft, um die Welt vom deutschen und italienischen Faschismus sowie vom japanischen Großmachtwahn zu befreien. Sowohl die faschistischen Achsenmächte als auch die Alliierten rekrutierten in ihren Kolonien Hilfstruppen und Hilfsarbeiter oftmals mit Gewalt. Hunderttausende Frauen waren Opfer sexueller Gewalt. Rekruten aus den Kolonien mussten sich mit weniger Sold, schlechteren Unterkünften und geringeren Kriegsrenten als ihre «weißen Kameraden» zufrieden geben. Weite Teile der Dritten Welt dienten auch als Schlachtfelder und blieben nach Kriegsende verwüstet und vermint zurück.

Doch so gravierend die Folgen des Zweiten Weltkriegs in der Dritten Welt auch waren, in der hiesigen Geschichtsschreibung kommen sie nicht vor. Dies zu ändern ist das Ziel eines historischen Langzeitprojekts, mit dem das Rheinische JournalistInnenbüro in Köln im Jahre 1996 begann und das seit 2000 von dem gemeinnützigen Verein Recherche International e.V. getragen wird.

Auf der Basis von zehnjährigen Recherchen in 30 Ländern entstand 2005 das erste deutschsprachige Buch zum Thema (vierte Auflage 2012), gefolgt von Unterrichtsmaterialien mit Originaltönen von Zeitzeugen auf beiliegender CD im Jahre 2008 (Zweite korrigierte und erweiterte Auflage 2012).

Die Wanderausstellung: Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Das Langzeitprojekt von Recherche International e.V. zur Erinnerung an die bedeutende Rolle der Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg, dessen erste Ergebnisse das Buch „Unsere Opfer zählen nicht“ (2005) und die erste Auflage dieser Unterrichtsmaterialien (2008) waren, wird seit 2009 mit einer (Wander-)Ausstellung fortgesetzt, um dem Thema endlich die öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, die ihm gebührt (von der auch kleinere Versionen in A1 und A2 z.B. für Schulen zur Verfügung stehen). Die Ausstellung hatte ihre Premiere in Berlin (vom 1. bis 30. September 2009) und war bislang schon in mehr als 20 deutschen Städten zu sehen sowie auch in Luzern und Chur in der Schweiz.

Die Ausstellung beginnt mit einem Prolog zur Bedeutung des Themas. Darauf folgen drei geographische Hauptkapitel zur Rolle Afrikas, Asiens und Ozeaniens im Zweiten Weltkrieg sowie ein kleinerer Abschnitt zu Lateinamerika. Zwei thematische Unterkapitel erinnern an die Judenverfolgung außerhalb Europas und Kollaborateure der faschistischen Achsenmächte aus der Dritten Welt. Den Schluss bildet ein zusammenfassender Epilog. Von dieser Ausstellung können bei Recherche International e.V. drei verschieden große Fassungen ausgeliehen werden:

Die große Version besteht aus 46 hochformatigen und 50 querformatigen digital bedruckten Alu-Tafeln in der Größe DIN A0. Dazu werden zehn Hörstationen mit Originaltönen von ZeitzeugInnen mit je zwei Kopfhörern mitgeliefert, deren Technik in Sitzbänke eingebaut ist, sowie drei Videostationen (mit Flachbildschirmen in verschalten Regalen). Video 1 zeigt eine Portraitsammlung von 200 „vergessenen Befreiern“ aus der Dritten Welt. Video 2 den algerischen Kurzfilm „Der Freund aus den Kolonien“ und Video 3 Interviews mit MigrantInnen unter dem Titel „Kriegserinnerungen aus der Nachbarschaft“. Schließlich gibt es noch drei große Roll-Leinwände: eine zeigt die Kolonialmächte und Kolonien zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, die zweite 44 Portraits von Frauen aus Asien, die in japanische Militärbordelle verschleppt wurden, und die dritte kann als Banner für die Außenwerbung an den jeweiligen Ausstellungsorten genutzt werden.

Begleitend zur Ausstellung können Filme gezeigt sowie Vorträge, Seminare und Führungen angeboten werden. Anregungen für Begleitveranstaltungen finden sich auf der Internetseite www.3www2.de, auf der auch Programmhefte, Fotos und Gästebücher aus vielen Ausstellungsstädten zu finden sind.

Da, wo es die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten der jeweiligen Veranstalter erlauben, kann auch die Hiphop-Tanztheater-Gruppe „Mémoires Vives“ aus Frankreich zu Vorführungen ihres Stücks „A Nos Morts“ eingeladen werden. Ihre Hommage an die vergessenen Kolonialsoldaten wurde von Recherche International e.V. übersetzt, so dass die deutsche Fassung unter dem Titel „Die vergessenen Befreier“ mit Obertiteln aufgeführt werden kann. Das grandiose Tanztheater-Stück war u.a. in Berlin (2009), Köln (2010) sowie Freiburg und Luzern (2011) zu sehen, wobei jeweils auch gesonderte Schulvorführungen angeboten wurden. Fast alle Veranstaltungen waren ausverkauft und das Publikum zeigte sich überall begeistert. Trailer, Ausschnitte, Songs und Konditionen zur Buchung dieser Theatergruppe finden sich ebenfalls auf der Internetseite www.3www2.de. Dort werden auch Arbeitsblätter für SchülerInnen zur Ausstellung angeboten sowie Unterrichtsentwürfe, Erfahrungen von LehrerInnen sowie weitere didaktische Materialien zum Thema.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Judenhetze zum 75. Jahrestag der Pogromnacht

Symbole nahmen und nehmen im Auftreten der äußersten Rechten einen wichtigen Platz ein. Um solch ein Symbol, das von den eigenen Anhänger(inne)n sofort verstanden wird, handelt es sich auch, wenn in der Novemberausgabe von ZUERST! eine jüdische Organisation in Deutschland im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht: „Die Lobby – Wie der Zentralrat der Juden seine Interessen durchsetzt" lautet das Titelthema, illustriert von einem Bild, auf dem der Zentralratsvorsitzende der Bundeskanzlerin eine Menora, den siebenarmigen Leuchter, überreicht. Während die demokratische Öffentlichkeit am 9. November anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht von 1938 der von den Nazis und ihren Helfern ermordeten jüdischen Menschen gedenkt, nimmt das „deutsche Nachrichtenmagazin" demonstrativ die Interessenvertretung der Juden in der Bundesrepublik Deutschland ins Visier und behauptet schon auf der Titelseite, der Zentralrat setze „seine Interessen" in der Politik durch. Die Richtung ist damit bereits vorgegeben.

Die ausführliche Titelgeschichte, verfasst von DIRK REINARTZ, STEVE LEROD und ROBERT DIEHL, entpuppt sich nebenbei als notdürftig getarnte Werbung für das Buch von BERNHARD RADTKE „Der Zentralrat der Juden in Deutschland 1950 – 2013 – eine politische Biografie", das im rechten Bonus-Verlag, der wie ZUERST! zur Firmengruppe des Verlegers DIETMAR MUNIER gehört (eine Funktion der Monatszeitschrift besteht darin, für Muniers Produkte zu werben). Interessanter aber ist, wie die Autoren, mit ihrem Thema umgehen. Schon ganz am Anfang ihres langen Beitrages stellen sie die Bedeutung und den Einfluss des Zentralrates heraus: „‚Der Zentralrat der Juden in Deutschland' gehört zu den einflußreichsten Interessengruppen in Berlin. Kaum eine Organisation scheint einen so großen Einfluß auf die Bundespolitik auszuüben". Noch scheint er nur Einfluss auszuüben und auch einige Absätze später werden „Gerüchte und Spekulationen" bemüht: „Ist der Zentralrat gar eine Art ‚Nebenregierung'? Bestimmt er – weit über seinen eigentlichen Aufgabenbereich hinaus – das politische Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland mit? Stehen ihm über seine internationalen Kontakte Druckmittel zur Verfügung, von denen sich die politischen Instanzen einschüchtern lassen?".

Was die Autoren ursprünglich als Frage oder Gerücht formuliert haben, wird von ihnen nicht ungeschickt immer mehr als eine erwiesene Tatsache dargestellt: „Diplomatisch und durchaus realitätsnah formulierte er (der Präsident des Zentralrats – tri): ‚Es gibt in allen Parteien Menschen mit einem offenen Ohr und viel Verständnis für unsere Anliegen'. Und nicht nur in den Parteien, wäre zu ergänzen, sondern auch in den Massenmedien und den wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen … National wie international gut vernetzt … übt der Zentralrat einen Einfluß aus, von dem andere Interessenverbände nur träumen können". Glaubt man ZUERST! gibt es also ein internationales jüdisches Netzwerk, das die deutsche Politik entscheidend mitbestimmt, eine internationale jüdische Verschwörung.

Welche politischen Ziele vertritt der Zentralrat? „… geblieben sind seit der Gründung des Zentralrats im Jahr 1950 die Themen: erstens materielle Absicherung der eigenen Klientel, zweitens Sicherung und Ausbau des eigenen politischen Gewichts inklusive der Deutungshoheit zum Thema ‚NS-Vergangenheit' und drittens offensive Parteinahme für die Interessen Israels". Es geht also um Geld, Einfluss und die Interessen eines fremden Staates. Oder noch deutlicher formuliert: „dieser aktuelle Wunsch des Zentralrats, auf Kosten der Allgemeinheit etwas für die eigne Gruppe herauszuholen…". Wieder ein klassisch antisemitisches Klischee: „der Jude" hat es auf das Geld „der Deutschen" abgesehen. Aber nicht nur das: „Multikulti und ein weit offenes Tor für weitere Einwanderung sind Programm" soll bedeuten, der „Volkstod" für „die Deutschen" sei ein Ziel der jüdischen Lobby. Immer wird dabei stillschweigend zwischen „Deutschen" und „Juden" (bei denen es sich fast ausschließlich um Bürger der Bundesrepublik Deutschland handelt) ein Widerspruch konstruiert, ja vorausgesetzt: „Bei einer zu starken Sichtbarkeit der aktuellen Mehrheiten würde der Zentralrat auch in der Öffentlichkeit als das angesehen werden, was er inzwischen ist: ein ‚Migranten'-Dachverband".

Fehlt nur noch das Instrumentarium, dessen sich der Zentralrat bedient: „Die Repräsentanten des Zentralrats sind klug genug, nicht mit ‚Kollektivschuld'-Vorwürfen oder ähnlich rabiaten Wendungen zu operieren. Initiativen wie jene zur Präambel des Grundgesetzes zeigen jedoch, daß es der jüdischen Führung vorschwebt, Deutschland in einer Art moralischen Dauerhaftung zu halten, die bei Bedarf wie eine Daumenschraube angezogen werden kann". Den jüdischen Vertretern wird damit praktisch der industrielle Völkermord der Nazis an 6 Millionen jüdischer Menschen und ihre berechtigte Erinnerung an diesen Zivilisationsbruch vorgeworfen. An Perfidität ist eine solche Argumentation kaum zu überbieten.

Die Titelgeschichte ist also von klassischen antisemitischen Klischees durchsetzt und geprägt. Warum aber geben die Autoren die ansonsten bei ZUERST! herrschende Zurückhaltung (selbst wenn sie nur taktischem Kalkül entspringt) auf und prescht zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht vor? Der Grund kann nur vermutet werden: Bei den Leser(inne)n des rechten Magazins aus dem Hause Munier dürfte es einen breiten antisemitischen Grundkonsens geben. Ein langer Beitrag an prominenter Stelle könnte somit der festeren Bindung dieser Menschen an das Blatt dienen – und natürlich die ebenso antisemitische Grundhaltung der Redaktion zum Ausdruck bringen.

Noch ist die „Alternative für Deutschland" (AfD) ein Sammelbecken für Wirtschaftsliberale, Konservative verschiedener Couleur und extrem Rechte, deren Überzeugungen nicht immer identisch sind. Bis zur Bundestagswahl herrschte in der neuen Partei Burgfrieden, jetzt scheinen die innerparteilichen Richtungskämpfe langsam loszugehen. ZUERST beteiligt sich daran mit einem Interview: ELIAS MößNER, den man ohne ihm zu nahe zu treten als Funktionär der dritten Garnitur bezeichnen kann, tritt für Fraktionsbildungen in der AfD ein: „Angesichts der bunten Mischung der AfD-Mitglieder wäre es folglich sicherlich nicht verkehrt, auch dort künftig Vereinigungen und Arbeitskreise einzurichten. Es gibt Wirtschaftsliberale, Christen, Konservative, usw….Die Auseinandersetzung über Inhalte wird sich nicht unterdrücken lassen". Man darf also gespannt sein. *Tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507